

Demokratie und Meinungsfreiheit



DEMOKRATIE

Eine Demokratie-Aktion in Waltrop:

„Fenstershooting – In (m)einer Demokratie ist mir wichtig ...“

Akteure aus Kirchen, Vereinen, Verbänden, Politik, Schulen u.a. waren schnell gefunden. Sie alle wollten sich stark machen für das vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekts im Rahmen des Förderprogramms Demokratie leben!

Sie meldeten sich bei der Fotografin Lara Witthaut. Die kam zu Ihnen und lichtete sie in ihren Fenstern mit den persönlichen Statements zum Thema „In (m) einer Demokratie ist mir wichtig...“ ab. Ein paar der Bilder haben wir – weil wir die Aktion so gelungen finden – in unser Magazin mit aufgenommen.

Impressum

Herausgeber:
Auslandsgesellschaft.de

Redaktion:
Martina Plum | Matthias Mertes

Fotos:
Mädje/Plum: Titel, S. 4–5, 6, 11, 21, 23, 38–39, 43, 47, 52, 63
Lara Witthaut: S. 33, 36, 41, 44
Adobe: S. 3/Zerbor, 15/ Trueffelpix, 16/fotolia/naftizin, 26–27/melita, 49/championstudio, 56–57/Jonathan Stutz, 69/fotolia/stockpics
Alamy: S. 21/rakus

Layout und Satz:
WHY! Agentur für Kommunikation und Wesentliches GmbH, Dortmund

Der Sprache und der Lesbarkeit wegen verzichten wir bewusst aufs Gendern. Selbstverständlich sind bei uns nicht nur alle Geschlechter gemeint, sondern auch genannt.
Die Autorinnen und Autoren entscheiden selbst für ihre Texte, ob sie gendern.
Wir haben uns auf die Schreibweise des Doppelpunktes geeinigt.

Inhalt

EDITORIAL

Martina Plum 2

DEMOKRATIE

Das Maß der Demokratie ist der Schutz der Minderheiten oder: Wir sollten wieder mehr Demokratie wagen Martina Plum	8	Damit wir uns reiben können: Plädoyer für einen konfliktssensitiven Journalismus Sigrun Rottmann	24
Ohne Petitionen keine Demokratie David Rückle	12	Eingerissene Schutzzäune Olaf Sundermeyer	28
Journalisten + ihre Rolle: glaubwürdig, vertrauensvoll + kritisch Journalismus: weniger Haltung, mehr Handwerk Martina Plum	18	APPELL AN DIE PARTEIEN Stärkt die Kommunen! Vertraut den Kommunen! Die Zukunft ist Glokal! Dirk Neubauer	30
Digitale Bildung muss schon in der Grundschule beginnen Cristina Helberg	22	Mehr Jugend wagen Leon Vucemilovic	34

MEINUNGSFREIHEIT

Meinungsfreiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden Martina Plum	40	Pressefreiheit in Europa unter Druck – zur Lage in Ungarn und Polen Tina Bettels-Schwabbauer Michał Kuś Gábor Polyák	60
Streiten + Streitkultur Martina Plum	46	Gegen das Anstandsgefühl Michael Schmuck	66
Cancel Culture Martina Plum	50	Publizistische Grundsätze (Pressekodex)	68
Die Willkür Russlands: Vom Hörsaal zum Hausarrest Anastasia Zejneli	54	ZDFzoom fragt: Wie steht es um die Meinungsfreiheit?	72

ANHANG

Literaturliste	74		
Biografien	75	Fragen & Antworten	77

EDITORIAL

Die Demokratie ist nicht in Gefahr, aber wir sind es, wenn wir so weitermachen

Was schreiben für ein Editorial für ein Magazin, das sich mit Demokratie und Meinungsfreiheit beschäftigt? Ein Magazin, in dem viele Autorinnen und Autoren wirklich Wichtiges zum Thema sagen? Das fällt dann mitunter doch schwer. Es bringt hier nichts, jemanden oder die Idee, die Gedanken einer einzelnen Person besonders hervorzuheben. Denn alle und alles sind gleich wichtig.

Wir können aber Danke sagen. Danke dafür, dass wir mit dem Institut für Journalistik der TU Dortmund mit Tina Bettelschwabbbauer, Sigrun Rottmann, Anasta-

sia Zejuni, David Rückle, Leon Vucemilovic, Michael Kuś aus Polen und Gábor Polyák aus Ungarn kompetenten Journalismus im Boot hatten. Mit dem Bürgermeister aus Augustusburg und Autoren des Buches „Rettet die Demokratie“ Dirk Neubauer einen Kenner auf lokaler und nationaler Ebene gewinnen konnten. Mit Michael Schmuck, dem ZDF-Reporter und Moderator Jochen Breyer, sowie der Faktencheckerin und Correctivjournalistin Cristina Helberg und dem „alten“ Kollegen und Journalisten und rbb-Redakteur Olaf Sundermeyer Kompetenz und praktisches Wissen ins Magazin haben holen können. Ihnen allen ist zu verdanken, dass wir – so finden wir – ein informatives Hintergrundmagazin für Sie zusammengestellt haben.

Also sagen wir allen Danke und schreiben keine neue Sonntagsrede und Apelle ins Editorial.



Stattdessen äußern wir einen Wunsch: Hören Sie zu. Wir meinen: Richtig zuhören. Aufmerksam, mit Verstehen-wollen, was das Gegenüber meint. Halten Sie einfach mal kurz inne, denken über das nach, was er oder sie gesagt und gemeint haben könnte.

Und: Wenn jemand anderer Meinung ist als Sie? Was soll's ? Dann ist er/sie es eben.

Davon geht keine Welt unter. Ambivalenzen aushalten zu können, ist eine gute Übung.

Martina Plum

DEMOKRATIE



Anja Butschkau | Vorstandsmitglied



Wolfram Kuschke | Kuratoriumsvorsitzender



Klaus Wegener | Präsident



Marc Frese | Geschäftsführer

Ist unsere Demokratie gefährdet?

Anja Butschkau

„Unsere Demokratie wird nicht nur durch antidemokratische, rechte Parteien gefährdet. Auch eine geringe Wahlbeteiligung schwächt die politische Teilhabe der Bevölkerung und damit die Basis für unser demokratisches System.“

Klaus Wegener

„Wie so viele Begriffe, stammt auch das Wort „Demokratie“ aus dem Griechischen. In der sog. Herrschaft des Volkes werden politische Entscheidungen durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung gefällt. Eine Demokratie ist immer dann gefährdet, wenn sich keine klaren Mehrheiten einstellen oder die Teilnahme an der Willensbildung zu gering ist. Beides erleben wir in Ansätzen auch bei uns. Daher ist politische Bildung ein unverzichtbarer Beitrag, wenn wir unsere Demokratie erhalten wollen.“

Wolfram Kuschke

„Nein, das ist sie nicht, wenn wir erkennen: Demokratie ist nie statisch, sondern immer in Bewegung. Das unterscheidet sie von autoritären Systemen. Demokratie muss kontinuierlich bearbeitet werden. Dann ist sie nicht gefährdet.“

Marc Frese

„Unsere Demokratie ist eine der stabilsten überhaupt. Auf die wir stolz sein können. Für die wir uns aber auch verstärkter und mehr einsetzen müssen. Wir dürfen sie nicht weiterhin als für immer gegeben ansehen, sondern müssen sie verteidigen. Und zwar mit aller uns zur Verfügung stehenden Macht.“

Kann man in Deutschland alles frei äußern?

Anja Butschkau

„Die Meinungsfreiheit ist und bleibt das höchste Gut in einer Demokratie. In Deutschland kann zwar jede:r frei seine Meinung äußern, allerdings hat sich das öffentliche Meinungsklima verschärft.“

Klaus Wegener

„Natürlich kann man in Deutschland alles frei äußern. Das ist gut und wichtig und wir erleben es jeden Tag. Auch die politischen Rattenfänger aus den extremen Ecken können hier ihre Äußerungen sanktionsfrei loswerden. Keine Regel ohne Ausnahme. Es zeugt von demokratischer Reife, wenn nationalsozialistische Begriffe und Symbole bei uns verboten sind. Das ist ebenso richtig, wie wichtig.“

Wolfram Kuschke

„Wer sagt, dass man das nicht tun dürfe, führt doch eine paradoxe Diskussion. Er oder sie kann doch in diesem Moment seine Meinung frei äußern, ohne das ihm / ihr was zustößt, auch wenn sie unangenehm ist. Nein, bei uns spielt die Vielfältigkeit eine große Rolle. Grenzen gibt es aber, zum Beispiel wenn es faschistisch wird oder wenn der Holocaust geleugnet wird.“

Marc Frese

„Ja, natürlich kann man das. Jeder und jede, wenn er oder sie die Grenzen des Sagbaren anerkennt. Das Klima, nicht die Freiheit der Meinung ist ein wenig anders geworden, das stimmt schon. Aber: Ich glaube, dass wir das wieder lernen können, mit dem gegenseitigen Respekt und dem mehr dem anderen Zuhören.“

■ DEMOKRATIE



Das Maß der Demokratie ist der Schutz der Minderheiten oder: Wir sollten wieder mehr Demokratie wagen

von Martina Plum

Wer sagt, die Demokratie sei am Ende, der irrt. Oder er/sie hat einfach keine Ahnung davon, wie Demokratie funktioniert. Denn Demokratie ist immer ein Stück harter Arbeit. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland wird vom Bundesverfassungsgericht als streitbare, wehrhafte Demokratie bezeichnet, zu der als grundlegendes Element der Streit gehört. Vielleicht ist unser Problem heute eigentlich nur, dass die Zeitalter der großen Erzählungen vorbei sind. Auch der Populismus zieht seine Gegenwart aus der Perspektive des Endes der Demokratie. Verantwortlich dafür sind der Kapitalismus und die Globalisierung, der Protest gegen die Entmachtung des Nationalstaates wird lauter, die Souveränität wird zurückverlangt. Populismus gilt als Gefährdung der Demokratie, er ist die Reaktion auf diese Gefahr.

Wir haben keine Krise der Demokratie, besser oder richtiger wäre es: die Krise hat die repräsentative Politik, denn die Möglichkeiten jedes Einzelnen an der Demokratie teilzuhaben, waren noch nie so groß. Zumindest in unseren Breitengraden. Die Organisationsformen der Parteien haben sich gegenüber der sich längst anders entwickelten Struktur der Öffentlichkeit nicht weiterentwickelt.

Mangelnde Nähe und fehlender Austausch zwischen dem, was heute an Politik und Politikern und dem Wähler wahrgenommen wird, sind die Ursache für einen wachsenden Populismus und die demokratische Regression. Politik und Politiker haben längst an Bedeutung verloren. Kommt daher das mitunter verkrampfte Festhalten an Regierungsteilhabe und den entsprechend dotierten Posten?

Inzwischen haben drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland ein Misstrauen gegen das politische System und gegen die Parteien. Darunter viele, die sich vom Parlament gar nicht mehr vertreten fühlen. Wie auch, wenn die Parlamente für viele

falsch besetzt sind? Da sitzen nur noch Akademiker. Wie sollen die wissen, was für Handwerker oder Dienstleister wichtig und richtig ist? Da wird über Köpfe hinweg entschieden. Eigentlich klar, dass das nicht gutgehen kann.

Demokratie ist anstrengend

Vor allem für die, die mitdenken. Die Demokratie muss gelebt werden. Immer wieder aufs Neue. Was ist mit Demokratie gemeint? In erster Linie die Selbstbestimmung des Volkes und ihre institutionelle Umsetzung. Ihr Charakter ist die politische Gleichheit und die Kontrolle der Macht. Eigentlich schien sie ohne Alternative zu sein. Etwas jedoch hat sich verändert: Zunehmend wächst die Distanz von Teilen der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie bzw. ihrer politischen Repräsentanz. Viele fühlen sich von ihr nicht mehr vertreten. Weil Politik für viele, die sich in den Parteien engagieren, zur reinen Karrieremaschine geworden ist. Der Politikwissenschaftler und Philosoph Rainer Forst spricht im September 2020 gar von der Verwahrlosung der Demokratie. Zunehmend kommen auch die undemokratischen Einschläge näher: USA, Polen und Ungarn sind Beispiele für die Abnahme demokratischer Grundsätze.

Michael Zürn und Armin Schäfer kommen zu eindeutigen Ergebnissen, was den Verursacher der schwindenden Demokratie betrifft: „Wenn autoritäre Populisten alleine die Regierung stellen, beschleunigen sie die demokratische Regression und greifen die liberale Demokratie sogar in ihren institutionellen Fundamenten an.“ Auch bei den gewählten autokratischen Regimen zeigt sich rasch der Wolf im Schafspelz: „Autoritäre Populisten vermeiden zwar die Zerstörung der Fassade der Demokratie, entstellen aber deren normativen Kern bis zur Unendlichkeit.“

„ Misstrauen gegen das politische System

Es sind schon ca 30 % der Weltbevölkerung, die von autokratischen Populisten regiert werden.

Vergleichbar, so Michael Zürn, ist das mit dem „Rückschritt in den 1930er-Jahren“.

Dabei sterben heute Demokratien anders. Sie verkümmern durch die eigenen Mittel. Gewählte Regierungen nutzen ihre parlamentarischen Mehrheiten,

um die Spielregeln neu bzw. undemokratisch auszulegen. Der Abbau der Demokratie ist heute schleichend, erst am Ende ist klar, dass sie verloren hat. Nämlich dann, wenn die Medien unfrei sind, die Opposi-

” Mehr Demokratie wagen

tion ihrer Chancen beraubt ist, die Gerichte gleichgeschaltet sind. Dann aber ist es zu spät. Spätestens dann, wenn das Jammern über ihren Verlust beginnt.

Vorher merken wir gar nicht, wie die Demokratie ausgehöhelt wird. Längst ist weltweit eine neue Herrschaftsform entstanden: der „sanfte“ Autoritarismus. Die Politiker sind durch Wahlen legitimiert, ihnen haben keine Panzer den Weg geebnet, kein Putsch über Nacht das Feld bereitet.

Der Glaube an Freiheit und Gleichheit

Mittlerweile hören wir Politiker Dinge aussprechen, die wir nicht für möglich gehalten haben. Und das unwidersprochen. Es ist mitunter eine Sprache eingekehrt, die uns normalerweise den Schauer über den Rücken laufen lässt. Und wir gewöhnen uns an das Unaussprechliche. Es wird zur Normalität.

Da haben wir ein Problem. Mittlerweile ein sehr großes sogar. Aber das wissen wir auch. Wir müssen „nur“ noch die Gedanken in Taten umsetzen. Manchmal ist es

sogar schon nach zwölf, wenn es um die Verteidigung unserer Demokratie geht. Es wird Zeit, wieder wachsamer zu werden. Schließlich sitzen die Verfassungsfeinde in den Parlamenten, sie haben Regierungsverantwortung und nutzen ihren Einfluss.

Es geht um unser höchstes Gut: Unsere Verfassung, der Glaube an Freiheit und Gleichheit, die starke Mittelschicht, der erreichte Wohlstand, die Bildung, die Wirtschaft, das soziale Miteinander – all das wollen wir behalten.

Es steht einiges – eigentlich fast alles – auf dem Spiel, wenn wir nicht so langsam aufstehen für das, was unser Zusammenleben überhaupt erst möglich macht: Wir müssen wieder für unsere Demokratie kämpfen, sie hüten und aufpassen, dass sie nicht untergeht.

Wir müssen uns des hohen Guts der Meinungsfreiheit, die das Fundament der Demokratie ist, endlich wieder bewusst werden.

Das Maß der Demokratie sind die Rechte der Minderheiten.

Willy Brandt sagte im Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung: „Solch demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen. Wir wollen mehr Demokratie wagen.“

Recht hat er, auch mehr als 50 Jahre danach. Es wird Zeit.

Denn wir haben uns sehr gut eingerichtet in unserm warmen Wohlstand. Vielleicht zu sehr, vielleicht ist es zu behaglich. Denn

längst sterben Demokratien nicht mehr nur durch Waffengewalt, sondern schaufeln sich das Grab mit den eigenen Mitteln. Die Bestatter sind gewählt vom eigenen Volk. Denn sie sind nicht immer leicht und offensichtlich zu erkennen. Ein paar Beispiele: Venezuela, Thailand, Ungarn, Polen, Türkei...

So trat Viktor Orban Ende der 80er Jahre vehement für die Liberale Demokratie ein, bevor er 2010 eine Wende um 180 Grad vollzog.

Vier Verhaltensregeln, so die beiden Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, sind es, die uns hellhörig machen sollten. Wenn Politiker:

- In Wort und Tat Spielregeln ablehnen
- Politischen Gegnern die Legitimation absprechen
- Gewalt tolerieren und gutheißen
- Bürgerliche Freiheiten der Medien beschneiden wollen

Toleranz und Achtung sind tot, wenn Ideologien und Meinungen so weit auseinanderdriften, dass sie sich gegenseitig ausschließen.

Es wird Zeit, sich mit den eigenen Werten und ihren Bedeutungen für uns selbst auseinanderzusetzen.

Denn: das Beunruhigende sind die Radikalen, egal ob rechts oder links. Aber noch mehr Angst machen diejenigen, die sie gewähren lassen. Und ihnen damit erst den Weg zur Abschaffung der Demokratie bereiten.

DAS HÖCHSTE GUT

Ohne Petitionen keine Demokratie

von David Rückle

Petitionen sind ein wichtiges Instrument in der Demokratie. Es ist für alle Bürger:innen da, aber in der Praxis funktioniert es nicht so einfach. Zwei Petitions-Stellerinnen berichten von ihren Erfahrungen.

Es ist ein Donnerstagnachmittag im Mai. Eine kleine Gruppe von Menschen hat sich an den Westfaltenhallen versammelt. Dort trifft sich der Stadtrat für eine Sitzung. Diese Menschen haben ein gemeinsames Ziel: Sie wollen ihr Freibad erhalten. Die Initiatorin ist Petra Schulte-Fischedick. Sie hat im Januar 2021 eine Petition gestartet, um eine mögliche Schließung des Freibads Stockheide in der Dortmunder Nordstadt zu verhindern. Damit diese Forderung nicht nur auf einem Stück Papier bleibt, möchte sie diese Oberbürgermeister Thomas Westphal persönlich übergeben.

Zur Kundgebung sind zwar nur wenige gekommen. Online hat die Initiatorin für ihre Petition allerdings knapp 1700 Unter-

schriften gesammelt. Schulte-Fischedick hatte in der Zeitung gelesen, dass das Freibad in diesem Jahr nicht aufmacht. Die Sorge darüber, dass es dauerhaft geschlossen bleiben könnte, brachte sie dazu, politisch aktiv zu werden. Eine Petition hat sie zum ersten Mal gestartet. „Ich konnte überhaupt nicht absehen, wo das hingehet. Ich habe einfach gedacht: ‚Man muss doch irgendetwas tun. Mal schauen, wohin wir kommen.‘“

Gekommen ist sie bis zum Oberbürgermeister der Stadt. Während der Kundgebung kann sie Westphal tatsächlich ihre Petition übergeben und er hält sogar eine kurze Ansprache an die Gruppe. Schulte-Fischedick sagt er zu, dass er sie in konkrete Pläne für Stockheide mit einbeziehen werde. Für die Initiatorin ist das ein Zeichen der Wertschätzung. „Ich glaube, dass es auf jeden Fall gut war, darauf aufmerksam zu machen, dass auch das Freibad im Dortmunder Norden eine Menge Unterstützung hat.“

Jeder Ausschuss hat eigene Regeln

Petitionen sind nicht nur ein Thema für die Lokalpolitik. Das Verbot von „Upskirting“, die Ausweitung der Regelstudienzeit während der Corona-Pandemie, das Plastiktütenverbot in Supermärkten ab 2022: Unzählige Petitionen haben schon etwas geändert. Egal, ob es ganz Deutschland betrifft oder die eigene Stadt. Über Petitionen können Bürger:innen eigene Ideen einbringen oder politischen Entscheidungen entgegenwirken, wenn sie mit ihnen nicht einverstanden sind. Wie wichtig das Petitionsrecht ist, zeigt der Blick ins Grundgesetz. In Artikel 17 heißt es: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

So wichtig diese Möglichkeit ist, so kompliziert erscheint die Umsetzung. Denn es gibt für jeden Petitionsausschuss eigene Regeln. Das beginnt mit den unterschiedlichen Vorgaben auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene. Menschen, die sich dem Thema zum ersten Mal widmen, kommen so schnell durcheinander. So ging es zum Beispiel der Dortmunder Studentin Liliane Kozik. Die 21-Jährige hat vergangenes Jahr mit zwei Freundinnen eine Petition gestartet. Gemeinsam haben sie sich dafür eingesetzt, dass die Laienreanimation an weiterführenden Schulen in NRW dauerhaft unterrichtet wird. Da Bildungspoli-

tik Ländersache ist, hat sie sich an den Petitionsausschuss in NRW gewandt. Schon die Vorbereitung sei eine Herausforderung gewesen. „Ich hatte die Sorge, dass kleine Feinheiten dafür sorgen, dass der Petitionsausschuss unseren Vorschlag nicht annimmt“, sagt Kozik. Sie habe schon einige „Horrorgeschichten“ von Menschen gehört, deren Petition an kleinen Details gescheitert seien. „Da war ich natürlich sehr verunsichert.“ Sie hätte sich vom Ausschuss in NRW gewünscht, dass dieser den Vorgang auf seiner Webseite noch detaillierter erklärt. Um sicherzugehen, dass sie ihre Petition formgerecht einreicht, hat Kozik viel recherchiert.

Herausgefunden hat sie, dass sich die Regeln zum Beispiel darin unterscheiden, ob und wie die Ausschüsse der einzelnen Bundesländer Onlineunterschriften akzeptieren. Teilweise ist es möglich, dass Petent:innen ihr Anliegen persönlich vor dem Ausschuss vortragen – manchmal benötigen sie dafür eine bestimmte Zahl an Unterschriften.

Der Petitionsausschuss NRW: beschäftigt wie nie zuvor

Wenngleich jedes Bundesland seine eigenen Regeln hat, ist die Grundstruktur der Ausschüsse überall gleich. Das Wichtigste

„Man muss doch irgendetwas tun. Mal schauen, wohin wir kommen.“

ARTIKEL 17

für Kozik war: Sie musste ihre Petition schriftlich und unterschrieben einreichen.

Ihr Ansprechpartner, der Petitionsausschuss des Landtags in NRW, besteht aus 21 Mitgliedern. Serdar Yüksel ist seit mehr als zehn Jahren Abgeordneter im Ausschuss und seit der vergangenen Wahl 2017 Vorsitzender. Für den Bochumer SPD-Politiker sind Petitionen eines der wichtigsten Werkzeuge der Demokratie. „Ich habe mir geschworen: Wenn ich mal Politiker werden sollte, dann gehe ich in den Petitionsausschuss, um den Menschen auch konkret helfen zu können“, sagt Yüksel. Im vergangenen Jahr erreichten ihn mehr als 7000 Petitionen. Das waren deutlich mehr als in den Jahren zuvor.

Yüksel schreibt diese Entwicklung vor allem den verordneten Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie zu. „Es gab ein großes Akzeptanzproblem in manchen der Entscheidungen, die von der Exekutive ausgeführt wurden. Und das hat zu einigen Beschwerden beim Petitionsausschuss geführt.“

Deshalb sieht Yüksel das Gremium als eine Art Seismograf. Statt Erdbeben misst der Ausschuss die Stimmung in der Bevölkerung. „Wir bekommen als erste mit, wenn dieser Seismograf in die eine oder andere Richtung ausschlägt“. Auch deshalb hält er den Petitionsausschuss „für den vielleicht wichtigsten Ausschuss des Landtages.“

Bereits eine Unterschrift reicht aus

Wie viele Unterschriften eine Petition hat, ist in NRW irrelevant. „Bei uns ist eine Unterschrift ausreichend, damit sich das Parlament mit einem Anliegen befasst“, sagt Serdar Yüksel. So ist es in allen Bundesländern. Sobald ein:e Petent:in ein Anliegen formgerecht einreicht, muss sich der jeweilige Ausschuss darum kümmern. Dieser achtet auch darauf, dringende Anfragen zuerst zu beantworten, damit er allen Petent:innen sinnvoll helfen kann.

Viele Unterschriften zeigen jedoch, dass auch viele Menschen hinter der Petition stehen. Zudem ist die Zahl an Unterschriften im Bundestag ein entscheidendes Kriterium. Wer mehr als 50.000 Unterschriften sammelt, erhält eine Redezeit vor dem Petitionsausschuss. Dieses „Quorum“ gibt es neben dem Bundestag nur in Thüringen und Schleswig-Holstein. In NRW entscheidet der Ausschuss selbst, welche Petent:innen er einlädt. Für Kozik ist das ein legitimes Vorgehen. „Wenn jedes Mal jemand vorsprechen dürfte, würde das die Kapazitäten übersteigen.“

Hinter Petitionen stecken persönliche Geschichten

Mit ihrer Petition wollte Liliane Kozik nicht nur die Aufmerksamkeit der Landtagspolitiker:innen auf das Thema lenken. Für sie ist die Laienreanimation ein persönliches Anliegen. Denn sie hatte selbst einen Herzfehler. Bei ihr bestand dauerhaft die Gefahr des Kammerflimmerns. „Die Hauptursache, warum die



Menschen einem nicht helfen würden, ist, dass sie Angst davor haben, etwas falsch zu machen.“ Seit 2017 beschäftigt sie sich mit dem Thema, 2018 hat sie das Projekt „Herzsicherheit an Schulen“ gegründet.

Auch Petra Schulte-Fischedick hat mit ihrer Petition um etwas Persönliches gekämpft. Vor mehr als 20 Jahren ist sie mit ihrem Partner nach Dortmund gezogen. Schon damals hat sie das Freibad immer wieder besucht. Mittlerweile geht sie mit ihrer Tochter jeden Sommer hin. Für sie ist es ein Ort, um Freund:innen und Bekannte zu treffen. „Das fände ich total schade, es würde hier einfach fehlen.“

Unterstützung durch Gemeinschaft

Mit diesen Anliegen hätten sich beide auch direkt an Politiker:innen wenden können. Doch für beide war vor allem eins wichtig: Aufmerksamkeit generieren.

„Petitionen sind ein gutes Mittel, mit dem man Menschen zusammenbringen kann, die nicht einer gemeinsamen Gruppe

angehören, die aber ein gemeinsames Anliegen haben“, sagt Petra Schulte-Fischedick. Auch Liliane Kozik hat durch die Unterschriften zeigen können, dass nicht nur sie hinter dem Projekt steht. „Wir haben die Petition gestartet, damit es eine Stimme aus der Bürger:innenschaft gibt, die sagt, dass dieses Modellprojekt wichtig ist.“

Innerhalb von fünf Monaten hat sie online etwas mehr als 1000 Unterschriften sammeln können. Ohne die Corona-Beschränkungen hätte sie mit wesentlich mehr Stimmen gerechnet. Sie wollte Aktionen organisieren, um Leute auf der Straße gezielt anzusprechen und mit ihnen Reanimationen zu üben. Etwas mehr Resonanz hätte sie sich gewünscht – vor allem mit Blick auf andere Petitionen, die zeitgleich

liefen. „Es ist schade, wenn eine Petition, die Jens Spahn absetzen will, mehr Unterschriften hat als eine Petition, bei der es um Menschenleben geht.“

Abgeordnete als „Anwälte der Bürger:innen“

Nachdem Kozik ihre Petition eingereicht hatte, war für sie der größte Teil der Arbeit erledigt. Für den Ausschuss ging sie

erst los. Dabei ist der Ablauf bei jeder Petition identisch: Zuerst kontrolliert der Ausschuss, ob die Petition ordnungsgemäß eingegangen ist, also ob sie schriftlich vorliegt und unterschrieben ist. Ist das der Fall, schauen die Mitglieder, worum es geht. Jede:r Abgeordnete des Petitionsausschusses in NRW hat Expertise in bestimmten Bereichen. Je nachdem, welches Thema betroffen ist, betreut es ein:e bestimmte:r Abgeordnete.

Nachdem der Ausschuss Koziks Thema angenommen hatte, forderte er eine Stellungnahme der Einrichtung an, die von der Petition betroffen war. In Koziks Fall war es das Schulministerium. Als diese Stellungnahme vorlag, prüfte der Ausschuss, ob die Sachlage damit schon eindeutig war oder ob noch Punkte offen waren. Falls auf dieser Grundlage noch keine Entscheidung möglich gewesen wäre, hätte der Ausschuss Kozik noch zu einem „Erörterungsgespräch“ eingeladen. Bei manchen Petitionen schauen sich die Mitglieder die Situation auch vor Ort an und treffen daraufhin eine Entscheidung.

Bei Koziks Petition brauchte es kein solches Gespräch, da der Sachverhalt eindeutig war. Die Petentin hat sich während des gesamten Vorgangs vom Petitionsausschuss ernstgenommen gefühlt. „Ich habe gemerkt, dass es ihnen wichtig war, dass ich mein Anliegen einbringe“, sagt sie. Sie habe im Vorfeld mehrmals mit dem Petitionsausschuss telefoniert und sich stets gut beraten gefühlt. Außerdem habe sie das Gremium immer wieder über den aktuellen Stand der Bearbeitung informiert. Nachdem die zuständigen Mitglieder alle Einzelheiten geklärt hatten, stellten sie die Ergebnisse dem Ausschuss vor. Nach der gemeinsamen Beratung trafen alle Abgeordneten eine Entscheidung, die sie Liliane schriftlich mitteilten: „Dem Anliegen der Petentin wird umfassend Rechnung getragen.“ Der Landtag hat entschieden, die Laienreanimation das Modellprojekt an weiteren Schulen in NRW als Regelangebot fortzusetzen. Davor gab es an einigen Schulen schon Modellprojekte.

Beide Petentinnen würden es nochmal machen

„Ohne Petitionen gibt es keine Demokratie“, sagt Serdar Yüksel. „Man sollte dieses verfassungsgemäße Recht der Petitionen viel mehr bekannt machen, damit viel mehr Menschen von diesem Recht Gebrauch machen.“

„Es wäre wichtig, dass noch transparenter wird, was genau mit der Petition geschieht“, sagt Liliane Kozik. „Wie läuft das ab? Wie wird darüber beraten?“ Das sind Fragen, die für sie nicht offen sein sollten. Außerdem ist sie der Meinung, dass Petitionen auch politische Debatten auslösen können. „Es gibt Themen, die die Parteien gar nicht berücksichtigen. Hier können wir als Gesellschaft auch Themen anregen und sagen: ‚Hey, das ist wichtig, da müsst ihr draufschauen!‘“

Petra Schulte-Fischedick sieht in ihrer Petition neben Aufmerksamkeit, die sie für das Freibad erzielen konnte, einen weiteren Zweck: „Das hat sich für mich zu einer Chance entwickelt, meiner Tochter zu zeigen, was wir in einer Demokratie für unsere Überzeugungen tun können. An diesem konkreten Anliegen hat sie gesehen: Wir können uns dafür einsetzen, wir werden gehört – und sogar der Oberbürgermeister kommt.“



Journalisten + ihre Rolle: glaubwürdig, vertrauensvoll + kritisch

Journalismus: weniger Haltung, mehr Handwerk

von Martina Plum

Fällt in China der berühmte Sack Reis um, brauche ich als Journalistin nicht mehr zu gewichten, ob das relevant ist oder nicht. Die Nachricht erreicht quasi in Echtzeit das andere Ende der Welt. Alles steht gleichgewichtig nebeneinander. Ganz egal, ob wichtig oder nicht.

Vielleicht sollten sich Journalistinnen und Journalisten ihrer gatekeeper Rolle bewusster werden, damit sie wieder zu Leuchttürmen der Glaubwürdigkeit werden. Sie sind diejenigen, die dabei helfen, den Wald vor lauter Bäumen noch zu sehen. Da, wo Menschen immer mehr zu online-Blogs wechseln, wird es zunehmend schwierig für sie zwischen Meinung und Nachrichten, zwischen subjektiven Kommentaren und recherchierten und vor allem nachprüfbareren Fakten zu unterscheiden.

Es entsteht unheimlich viel Lärm, wenn sich jeder zu Wort melden kann und das auch tut.

Die Chance:

Dort wo es laut ist, wirken mitunter die leisen Töne umso nachhaltiger. Das ist die Chance für guten Journalismus. Wenn er gut recherchiert, nachvollziehbar und somit glaubwürdig ist. Dann wirkt Journalismus als Korrektiv. Er klärt auf und arbeitet nicht als Katalysator.

Die Langzeitstudie der Universität Mainz attestiert den Medien für das Corona-Jahr gestiegenes Vertrauen, ein durchweg positives Bild von Glaubwürdigkeit. An erster Stelle stehen die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender (70 %), gefolgt von den Regionalzeitungen (63 %) und der überregionalen Tagespresse. Ganz zum Schluss mit nur sieben Prozent die Boulevardmedien.

Ein Weg zurück zur Glaubwürdigkeit ist die Transparenz, das Offenlegen der Recherche. Zeigen, wie man zu den Ergebnissen des Berichts, der Reportage gekommen ist. Denn nicht nur das journalistische Handwerk hat sich durch die Digitalisierung verändert, auch die Beziehung zum Publikum ist eine andere geworden: „Die Printmedien können ihre Zeitungen nicht mehr wie Care-Pakete über die Leserinnen und Leser abwerfen: Das Netz macht aus ihnen Gesprächspartnerinnen und –partner, Korrektorinnen und Korrektoren, aber auch

Nervensägen, Hetzerinnen und Hetzer“, so Cordt Schnibben, der viele Jahre als Redakteur bei Spiegel und Zeit gearbeitet hat, heute Leiter der digitalen Bürgerakademie für Medienkompetenz.

Professor Dr. Bernhard Pörksen geht sogar noch weiter. Für den Tübinger Medienwissenschaftler ist Medienmündigkeit nicht weniger als die Existenzfrage der Demokratie. Um zu wissen wie Desinformation funktioniert, ist es wichtig den Menschen zu erläutern, was glaubwürdige Information ist. Was ist wichtig und was nicht?

Mehr Mut beim Aufdecken

In der Genauigkeit liegt der eigentliche Wert des Journalismus. Im genauen Hingucken und Nachfragen liegt der Unterschied zwischen Aktivismus und Journalismus.

False Balance

Müssen Journalisten immer ausgewogen berichten? Müssen unbelegte Behauptungen immer gleichberechtigt neben der wissenschaftlich fundierten Aussage stehen?

Beide Fragen ließen sich schnell mit einem klaren ´Nein´ beantworten. Damit würde man der Sache aber nicht gerecht. Natürlich müssen auch der Außenseiter und seine Meinung zu Wort kommen. Aber: Es muss ganz klar gekennzeichnet werden, dass seine Aussage Behauptungen sind, die nicht auf wissenschaftlich fundierter Basis stehen. Wichtig für die Journalisten bleibt hier die Einordnung. Natürlich will jeder Journalist ausgewogen bleiben, das

Problem, die Situation von allen Seiten beleuchten.

Beim Thema des Klimawandels wird das besonders interessant. Obwohl 97 % der Forscherinnen und Forscher den vom Menschen gemachten Klimawandel bestätigen, kamen in den US-Medien zu gleichen Anteilen die Skeptiker und Leugner zu Wort. Und das, obwohl der Klimawandel nicht falsifiziert werden kann. Es entsteht ein falscher Eindruck. Bei diesem Thema gibt es keine Ausgewogenheit. Ganz eindeutig: Bereits längst geklärtes Grundlagenwissen darf nicht immer wieder zulasten der Ausgewogenheit hinterfragt werden. Journalisten müssen mehr in die Tiefe gehen und das Thema nach bestem Wissen und Gewissen einordnen.

Weg vom Neutralitätsideal

Wer genau hinsieht und recherchiert, braucht keine Angst vor nicht gewährter Neutralität zu haben. Sich nicht gemein machen mit einer Sache und sei sie noch so gut, wichtig und ehrenhaft, das hatte Hans-Joachim Friedrichs einst gefordert. Dieser Satz ist oft herbeizitiert worden, seine Gültigkeit aber hat er nicht verloren.

Attacken auf Medien gehören mittlerweile zum Alltag. Medien, so heißt es aus der rechten Ecke und bei den sogenannten Querdenkern, seien gleichgeschaltet.

Digitale Bildung muss schon in der Grundschule beginnen

von Cristina Helberg

Wer sich heute vor eine Schulklasse stellt, kann mit ein paar Nachfragen Einblicke in die dunkelsten Ecken des Internets bekommen – aus erster Hand von Schüler:innen. Wenn ich Workshops in Schulen gebe, dauert es zum Beispiel meist nicht lange bis antisemitische Verschwörungsmymen wiederholt werden. Die Klassenlehrer:innen gucken mich dann entweder hilflos an oder haben den beiläufigen Antisemitismus gar nicht erkannt. In ihrer pädagogischen Ausbildung haben diese Themen zumeist keine Rolle gespielt.

Viele Kinder besitzen heute schon in der Grundschule ein eigenes Smartphone, teilweise ohne Schutzeinstellungen. So können sie bereits sehr jung extremen Inhalten im Netz begegnen. Schulen müssen diese Entwicklung aufgreifen und möglichst früh pädagogisch begleiten.

Generell gilt: Meinungsbildung findet heute, genau wie Shopping, Musik und Nachrichten, digital statt. In YouTube-Videos, Instagram-Stories, TikTok-Beiträgen und Online-Artikeln. Und ein Begriff ist in der Diskussion darüber allgegenwärtig: die Filterblasen.

In Büchern und Essays, Fernsehbeiträgen und Interviews ist über sie in den ver-

gangenen Jahren debattiert worden. Das Internet ist in dieser Zeit immer komplizierter geworden und damit auch die Begriffe und Dynamiken, die man verstehen muss, um mitzusprechen. Aber unter Filterblase können sich alle etwas vorstellen. Jede Person schwebt gefangen in der eigenen Seifenblase durchs Netz. Algorithmen zeigen uns in dieser Blase nur das, was wir ohnehin schon glauben zu wissen. Sie bestätigen unsere Weltsicht permanent. Vielleicht ist das Thema deshalb so allgegenwärtig, weil es so plausibel klingt. Allerdings ist die Annahme, dass wir alle in hermetisch abgeriegelten Filterblasen durchs Netz schweben, von Beginn an höchst umstritten gewesen und auch nie in großem Umfang durch Studien bestätigt worden.

Tatsächlich warnen Expert:innen jedoch vor Algorithmen, die Menschen wie Alice im Wunderland in den Kaninchenbau locken und immer unglaublichere Dinge als nächstes zeigen. Zum Beispiel islamistische Propaganda oder rechtsextreme Hetze. Oder der Gefahr, dass sich im Netz Personen mit extremistischen Einstellungen zusammenfinden. Das sind dann Echokammern. Gruppen von Gleichgesinnten, die sich in ihrer Weltsicht gegenseitig verstärken und nach außen abgrenzen. Stammtisch 2.0 könnte man sagen.

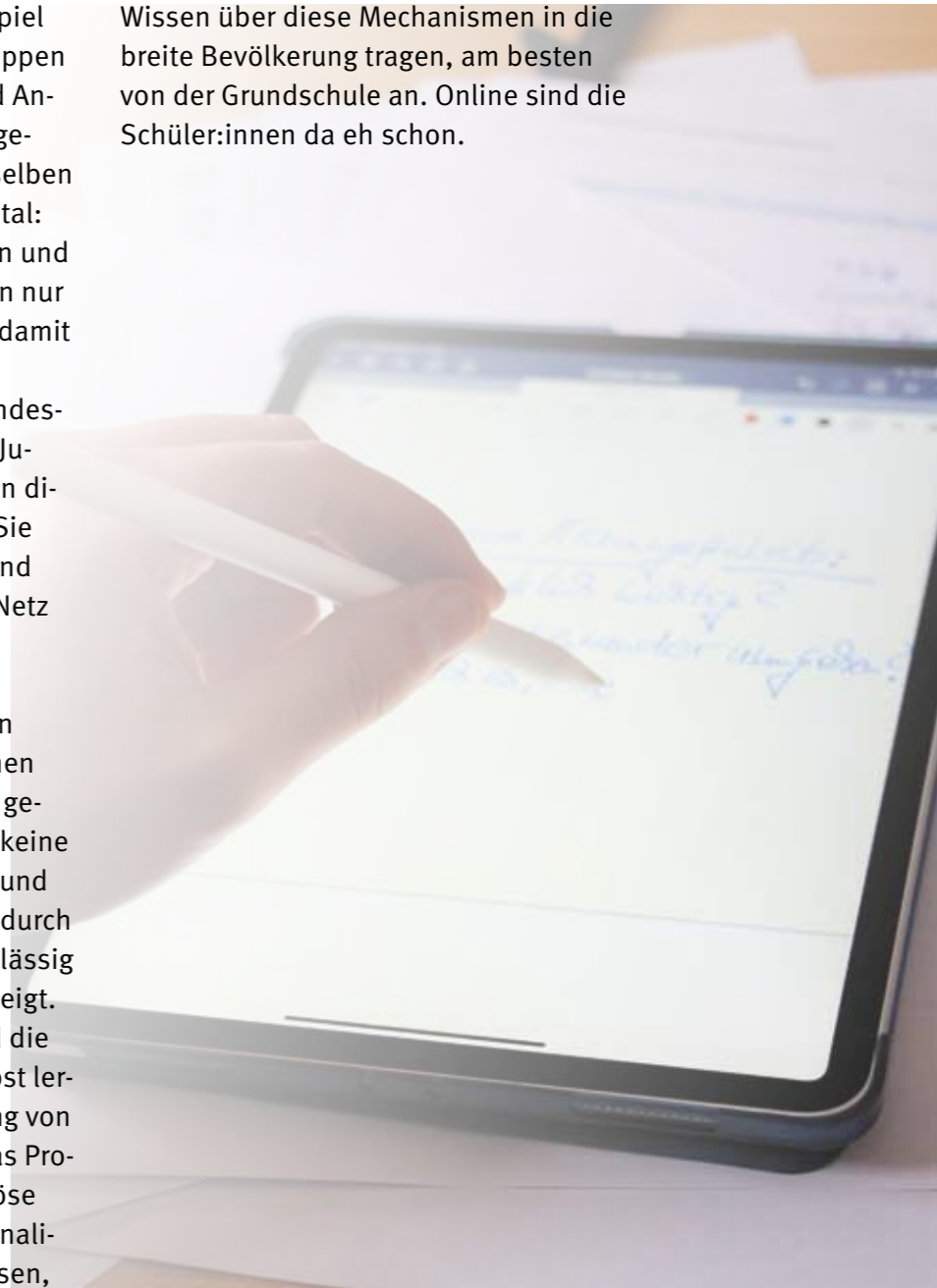
Als rechtsextremer Jugendliche:r konnte man schon immer im Nazilokal Anschluss finden, das es in fast jeder Stadt gibt. Oder eine rechtsextreme Zeitung bestellen, falls die Eltern das im Briefkasten tolerierten. Heute kann jeder zusätzlich zum Beispiel bei Telegram hunderten extremen Gruppen weltweit beitreten, die Rassismus und Antisemitismus propagieren. Die Mittel gegen Extremismus sind im Grunde dieselben geblieben und wirken analog und digital: Ideologien erklären, Geschichte lehren und kritisches Denken stärken. Wir müssen nur viel jünger als in der vordigitalen Zeit damit anfangen.

Zwei weitere Themen sind aber mindestens genauso wichtig, um Kinder und Jugendliche zu freier Meinungsbildung in digitalen Gesellschaften zu befähigen: Sie müssen Dynamiken der Plattformen und das Konzept der Personalisierung im Netz verstehen.

Wenn Jugendliche sich früher die „Bravo“ gekauft haben, konnten Eltern zumindest darauf hoffen, dass extremen Aussagen von Stars oder Werbung für gesundheitsgefährdende Produkte dort keine Bühne geboten wurde. Bei Instagram und TikTok gibt es solche Filter höchstens durch die Plattformen selbst. Und wie durchlässig diese sind, hat sich immer wieder gezeigt. Jugendliche müssen den Umgang und die Einordnung dieser Informationen selbst lernen: Wie sehr kann ich der Empfehlung von Influencern vertrauen, wenn sie für das Produkt Geld bekommen? Was sind seriöse Quellen? Auch das Wissen über Personalisierung im Netz gehört zum Grundwissen,

um souverän mit digitalen Informationen umzugehen und auch seine eigenen Daten zu schützen.

Wer freie Meinungsbildung in einer Demokratie sichern möchte, muss das Wissen über diese Mechanismen in die breite Bevölkerung tragen, am besten von der Grundschule an. Online sind die Schüler:innen da eh schon.



Demokratie und Medien

Damit wir uns reiben können: Plädoyer für einen konflikt sensitiven Journalismus

von Sigrun Rottmann

Wann haben Sie zuletzt in den Medien von einem Konflikt oder einer Kontroverse gehört oder gelesen? Vielleicht stand heute Morgen auf der Webseite Ihrer Lokalzeitung ein Feature über den Protest einer Umweltinitiative gegen ein Bauprojekt? Womöglich hörten Sie ein Radio-Interview zu den Debatten über das Gender-Sternchen? Oder ging es in den TV-Nachrichten um gegenseitige Vorwürfe im Wahlkampf oder um wilde Streiks von Lieferdienst-Beschäftigten?

Dass Menschen um die beste Strategie oder Interessen streiten, ist ein alltägliches Phänomen. Und wenn unterschiedliche Standpunkte aufeinanderprallen, entstehen spannende Themen für Medien und ihr Publikum. Gäbe es keine Konflikte, hätten vielen Journalist:innen vermutlich Langeweile. Auch gesamtgesellschaftlich würde nicht viel passieren. Denn, so der Soziologe Norbert Ropers, Konflikte sind „eine

unvermeidbare und für den sozialen Wandel notwendige Begleiterscheinung des Zusammenlebens in allen Gesellschaften“. Für den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt war auch Demokratie ohne Streit undenkbar.

Demokratische Systeme versprechen Bürger:innen keineswegs Harmonie. Das sagt auch der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller und beschreibt Demokratie in seinem neuesten Buch als „Reibung zwischen Menschen, die ihre Freiheiten nutzen“¹. In demokratischen Gesellschaften gibt es deshalb Strukturen, Institutionen und Prozesse, die einen konstruktiven Umgang mit Konflikten ermöglichen sollen.

Medien haben die Aufgabe, Informationen zur Verfügung zu stellen, Fakten zu liefern und einzuordnen, damit Bürger:innen sich ihre Meinung bilden, debattieren, streiten und Konflikte bearbeiten können. Journalist:innen tragen maßgeblich dazu bei, wie – und ob überhaupt – Konflikte in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Im besten Fall berichten sie über die

Standpunkte der Beteiligten, erläutern Ursachen und bereits vorhandene Lösungsvorschläge. Sie können Konflikte aber auch dramatisieren, indem sie stark vereinfachen, einseitig oder nach einem Gut-Böse-Schema berichten, einer Nachricht ihre eigene Meinung beimischen oder reißerische Überschriften setzen.

Dies geschieht sicher nicht immer mit böser Absicht. Viele deutschsprachige Medien bemühen sich um eine sorgfältige, ausgewogene und korrekte Berichterstattung. Manche – wie Die ZEIT und der Deutschlandfunk – haben sogar Ressorts eingerichtet, die sich mit Streitthemen beschäftigen. Natürlich gibt es auch reißerischen Journalismus als Geschäftsmodell, der mit dramatischen Überschriften, Kampfsprache und Feindbildern ein Publikum findet. In deutschen Medienunternehmen arbeiten jedoch auch viele Journalist:innen, die einfach keine Zeit haben, sich ausführlich mit Konflikten und ihrer Dynamik zu beschäftigen. Und seien wir ehrlich: Zugespitzte Schlagzeilen – womöglich mit Kriegsvokabular – sind gutes Clickbait. Dass so womöglich Assoziationen erzeugt und Feindbilder geschürt werden, dass Medien nicht selten sachlichen Streit als negativ konnotiertes Drama darstellen – das alles nehmen Medienschaffende im Wettbewerb um Aufmerksamkeit in Kauf.

Angesichts der zunehmend rauen Debatten, Polarisierungstendenzen und Herausforderungen mit enormem Konfliktpotenzial – Pandemie-Folgen, Zuwanderung, Klima-

krise – braucht (nicht nur die deutsche) Demokratie einen Journalismus, der mit Sensibilität über Debatten, Streit und Konflikte berichtet. Unterstützen können dabei wissenschaftlicher Erkenntnisse: Wie Konflikte (ob mit Gewalt oder ohne) beschaffen sind und welche Dynamik sie entwickeln können, erklärt die Friedens- und Konfliktforschung – und bietet Analysemethoden an, die sich in journalistische Recherchen einbinden lassen. Aus der modernen Sozialpsychologie kommen Anregungen für die Reflexion unbewusster Vorurteile und wie sie die eigene Recherche und Berichterstattung beeinflussen können. Forschungsergebnisse über Framing zeigen eindrücklich, wie wichtig ein sorgfältiger Umgang mit Sprache und Bildern ist – umso mehr, wenn es um spannungsgeladene Themen geht. Inzwischen gibt es auch aussagekräftige Untersuchungen zur konstruktiven Moderation von Diskussionen in Sozialen Netzwerken – ein neues und herausforderndes Arbeitsfeld für Journalist:innen.

Dieser interdisziplinäre Transfer von Fachwissen schärft das Bewusstsein von Medienschaffenden für ihre Verantwortung und fördert so einen konflikt sensitiven

KONFLIKTE

Journalismus. Dabei geht es nicht um ein neues journalistisches Konzept, sondern um die Verbesserung von Konfliktberichterstattung nach den Kriterien des Qualitätsjournalismus. Seminare und Workshops über konfliktsensitiven Journalismus in Kriegsgebieten gibt es – zum Beispiel im Rahmen der Medienentwicklungszusammenarbeit bereits seit den 1990er Jahren. Während die Inhalte variieren, verfolgen diese Fortbildungen stets dasselbe Ziel: Fachwissen, Kompetenzen und Selbst-Re-

flexion von Journalist:innen zu stärken, damit sie fair, vielfältig und richtig über mit Gewaltkonflikte berichten können.

In Deutschland mögen die meisten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (noch) ohne physische Gewalt ablaufen. Doch wenn Medien ihre Verantwortung für den Fortbestand unserer weitgehend friedlichen, demokratischen Streitkultur ernst nehmen, sollten sie konfliktsensitiven Journalismus aus Prinzip fördern. Sie dürfen sich nicht auf den Idealismus und das Engagement einzelner Journalist:innen verlassen. Konfliktsensitivität ist ein Thema für die Aus- und Fortbildung – mindestens im Nachrichten-, Politik- und Lokaljournalis-

mus. Außerdem brauchen Redakteur:innen und freie Mitarbeiter:innen Arbeitsbedingungen, die einen sorgfältigen Umgang mit schwierigen Themen ermöglichen. Dazu gehört vor allem die Ressource Zeit: für gründliche Recherche, für Weiterbildungen, für Austausch und Debatten mit den Kolleg:innen. Für spannende Überschriften, die nicht zuspitzen, verzerren oder schwarz-weiß malen. Ja, das sind hohe Ansprüche. Aber eine gute Demokratie braucht nun mal guten Journalismus. Sollten sich Medienhäuser, die dazu nicht bereit sind, weiterhin als systemrelevant oder „Hüter der Demokratie“ bezeichnen? In einer demokratischen Gesellschaft darf sich

dazu jeder selbst eine Meinung bilden – und wir können gerne darüber streiten.

¹ Jan-Werner Müller: Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Suhrkamp-Verlag.



Eingerissene Schutzzäune

von Olaf Sundermeyer

Nach 2014 wurden sie systematisch abgebaut: Die Schutzzäune der Zivilität, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegen Rechtsaußen errichtet worden waren. Jetzt ist die Gesellschaft rechtsoffen. Auch weil sich Sprache entgrenzt, der Diskurs verschiebt, ist die Menschenwürde oft in Gefahr.

Seitdem die in Teilen rechtsextreme AfD als wirkmächtige Oppositionspartei in sämtlichen deutschen Landtagen und im Bundestag sitzt, hat sich Politik in Deutschland verändert. Der politische Diskurs, die Sprache hat sich seit 2014 allmählich entgrenzt, das gesellschaftliche Klima hat sich auch darüber aufgeheizt. So will die AfD Hitler und den Nationalsozialismus endlich vergessen machen. Das erfolgt bei einigen ihrer maßgeblichen Politiker durch die ansatzlose Übernahme rechts-extremer Diktion, wie beispielsweise bei Björn Höcke, dem einflussreichen Landes- und Fraktionsvorsitzenden der AfD in Thüringen. Wenn er in diesem Zusammenhang von einem deutschen „Schuldskult“ spricht, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als „Mahnmal der Schande“ bezeichnet, oder als Lehrer für Deutsch und Geschichte eine „erinnerungspolitische Wende“ fordert, und damit vielen Menschen aus der Seele spricht.

Vor dem erstmaligen Einzug seiner Partei in das höchste deutsche Parlament

schrrieb Alexander Gauland in seiner „Anleitung zum Konservativsein“, es sei gut, dass der Schatten Hitlers hierzulande verblasst. Auf offener Bühne sagte der in den Wirren des 2. Weltkriegs geborenen Gauland, dass er sich Weltkrieg und Völkermord nicht mehr vorhalten lassen wolle, diese betreffen die deutsche Identität auch nicht mehr. Die zwölf Jahre NS-Zeit bezeichnete er zudem als einen „Vogelschiss.“

Nach dieser Äußerung kam es im Deutschen Bundestag zum Disput mit einzelnen empörten SPD-Abgeordneten (Martin Schulz, Johannes Kahrs), über den medial breit berichtet worden war. Zu Freude der AfD. Am Tag nach der Sitzung sagte Gauland -nunmehr AfD-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer- auf Nachfrage: „Ginge es nach mir, würde Herr Schulz jede Woche so eine Diskussion führen, dann bräuchte ich keinen Wahlkampf mehr machen.“ Fand Gaulands Botschaft aus dem kalkulierten „Vogelschiss“ Skandal über die sozialdemokratische Empörung schließlich noch eine größere Öffentlichkeit. Gauland hatte dadurch ein Millionenpublikum erreicht, darunter eben nicht nur

Empörte. „Denn schließlich denken viele so wie wir.“ Die AfD gibt ihnen eine Stimme in Politik und Medien, die es zuvor nicht gab.

So erfolgt die Entgrenzung des Diskurses auf höchster politischer Bühne. In Richtung Geschichtsrevisionismus oder Antisemitismus bei Gauland und Höcke: Die ganze Abwertungspalette von Nationalismus und Menschenfeindlichkeit findet über die AfD einen politisch-medialen Resonanzraum. Da ist von „alimentierten Messermännern“ und von „Messermigration“ die Rede, von „Kopftuchmädchen“, oder von einer „Schwuchtelbinde“, wenn es um die Kapitänbinde in Regenbogenfarben des deutschen Nationaltorhüters Manuel Neuer geht. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie, wiederkehrende öffentliche Angriffe auf die Menschenwürde.

Der Historiker Jürgen Zimmer von der Universität Hamburg sprach in einem NDR-Interview auch deshalb von einer deutliche „Diskursverschiebung nach rechtsaußen“: „Wir haben ja nach 1945 aus gutem Grund den Schluss gezogen, dass wir aus der Vergangenheit lernen wollen, und dass die Menschenwürde unantastbar ist, was so etwas wie die Staatsraison der Bundesrepublik geworden ist, nämlich die kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Dritten Reiches.“ Dieser Zustand habe sich allmählich aufgeweicht, sagt Zimmer.

Was vor der Flüchtlingskrise und den einher gehenden Wahlerfolgen der AfD bereits durch die Publikationen einzelner Buchautoren wie Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“) oder Udo Ulfkotte („Vorsicht Bürgerkrieg!“, „Wie Journalis-

ten lügen“) Einzug in den öffentlichen Diskurs fand, führte über die politischen Tabubrecher der AfD zu einer institutionellen Verschiebung: Diese ermöglicht nun eine fortwährende Delegitimierung und Destabilisierung der auf der Menschenwürde basierenden Demokratie und ihrer Institutionen, zum Beispiel gegen Medien und Medienschaffende.

So fand das über Ulfkotte transportierte völkische Narrativ der „Lügenpresse“ von den Rechtsextremisten bei Pegida über die AfD ihren Weg in Parlamente und Talkshows. Von ganz rechtaußen bis in die Mitte; über die Anti-Corona-Proteste der „Querdenken“-Bewegung während der Pandemie schließlich bis in weite Teile des alternativen Milieus. Ebenso die Schuld-erzählungen gegen Politikern, die seit der Flüchtlingskrise („Merkel muss weg!“) zu einer enthemmten Diskursverschiebung geführt hat, nach der nun auch Wissenschaftlern, Journalisten, Minister und Bürgermeister der „Prozess gemacht“ werden sollte. Der Höchststand in der politisch motivierten Kriminalität, eine Flut von Hate, Bedrohungen und Angriffen gegen Menschen, die man für ein angebliches Unrecht verantwortlich macht: Für so genannte „Verbrechen am deutschen Volk“, zu dem zunächst die Flüchtlingskrise, schließlich die Pandemie erklärt wurde, wegen derer die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssten. Nach dem die Schutzzäune der Zivilität gefallen sind, gibt es keine Hemmungen mehr.

APPELL AN DIE PARTEIEN

Stärkt die Kommunen! Vertraut den Kommunen! Die Zukunft ist Glocal!

von Dirk Neubauer

Wir brauchen dringend mehr Entscheidungsgewalt in der kommunalen Selbstverwaltung. Sie ist ein hohes, aber bedrohtes Gut. Mein Plädoyer: Die Zukunft ist GLOKAL. Denkt um, oder wir verlieren die Menschen!

Liebe Parteien. Ich mache mir Sorgen. Ich mache mir ernsthaft Sorgen. Der Zustand unserer Gesellschaft hat einen bedenklichen Zustand erreicht. Politik und Bürger sind auf Distanz wie lange nicht. Der Graben zwischen „denen da oben“ und denen „hier unten“. Er ist tief, breit und mit einem „weiter so“ nicht mehr zu überbrücken. Wir, das gesamte Land, brauchen einen Neuanfang. Und das nicht nur wegen der Pandemie, die in den vergangenen Monaten das Land im Würgegriff hielt. Und Dank eines weiteren, handlungsfreien Sommers wider besseres Wissen eine weitere Welle erleben wird. Gnadenlos wird sichtbar, dass in unserem Land einiges im Argen liegt. Und das es so nicht weitergehen kann, wenn

wir die Menschen nicht vollends verlieren wollen. Nein. Unsere Demokratie droht zu sterben. Und das hat sehr viel damit zu tun, dass die Herzkammern der Demokratie, die Kommunen, ebenfalls schwer krank sind. Wenn wir die wirklichen Herausforderungen der Zukunft bewältigen und dabei den sozialen Frieden wahren wollen, müssen wir jetzt alles anders machen! Vertraut den Bürgern! Vertraut den gewählten Räten dort! Vertraut den Kommunen! Teilt die Macht und fordert Verantwortung von allen. Hört auf, alles, aber auch alles in einer Mischung aus Hybris und Machtstreben regeln und vor allem kontrollieren zu wollen. Gebt den Menschen Vertrauen und Stimme zurück. Sonst werden wir scheitern. Die kommunale Ebene, die Gemeinde, das Dorf, die Stadt. Sie ist Heimat für einen großen Teil der Bevölkerung unseres Landes. Die kleinste Zelle der Demokratie.

Und der Erlebnisraum „demokratischer Prozess“ ist der Ort, an dem alles sichtbar und spürbar wird, was Politik ausmacht. Hier lernt der Bürger, das Einfluss möglich ist. Und auch, wie schwer es ist, gute und ausgleichende Kompromisse auszuhandeln. Hier kann er sich einbringen, wenn er glaubt, dass es Sinn macht. Doch die Kommune ist geschwächt. Nachhaltig. Seit Jahren und Jahrzehnten hat sie im politischen Geschäft immer weniger Gewicht. Chronisch unterfinanziert und getrieben von Regeln, Verordnungen, Fremdbestimmung und Rahmenbedingungen, die sie selbst kaum beeinflussen kann, ist sie zwar ebenso nah am Bürger wie weit weg von wirklich autark zu bezeichnenden Entscheidungsmöglichkeiten. Mitbestimmung, so lernen die Bürger, ist sinnfrei, weil kaum etwas davon wirklich umsetzbar ist. Oder Sie lernen, dass die Politik sich eben um alles kümmert, statt alles daran zu setzen, lokales Handeln der Bürger zu ermöglichen. So wurde der Bürger zum Bittsteller oder besser zum Besteller. Und die Politik zu einem Lieferdienst. Und einem schlechten dazu, denn nicht alle können eben alles bekommen. Und wer nicht weiß, das Kompromisse schwer zu erhandeln sind und wer nicht lernt, die Mühen der Mitbestimmung durchschreiten zu müssen. Der wird reagieren wie ein Kind unterm Weihnachtsbaum. Das die Playstation will und Socken bekommt. Bestenfalls. Eine gefährliche Verkehrung des demokratischen Prinzips.

Menschen verlieren das Gefühl von Heimat

Und obwohl alle Kanäle voll sind vom „wir kümmern uns“. Trotz allem bröckeln Schulen, siecht die Infrastruktur langsam dahin, schieben wir Milliarden Euro Sanierungsrückstau vor uns her. Vor allem die kleinen und mittleren Kommunen sehen so langfristig ihrem wirtschaftlichen Ende entgegen. Immer größere Einheiten sollen retten, was so nicht mehr zu retten ist. Riesenkreise, die keinen Bezug mehr zur individuellen Lage der Bürger aufweisen können. Größere Verwaltungseinheiten, die ebenfalls kaum noch eine wirklich gute kommunale Arbeit zulassen. Einheiten, die Kosten senken sollen und oft nur frustrierte Mitarbeiter und ebensolche Bürger hervorbringen. Und Distanzen schaffen. Selten Kosten senken. Weil die Arbeit ja dieselbe bleibt. Oder wir so schnell neue Regeln definieren, dass der Aufwand schneller steigt, als Fusionen überhaupt wirken können. Und während wir feststellen, dass diese Schritte nie Erfolg bedeuten, sehen wir, dass Menschen das Gefühl von Heimat verlieren. Weil sie sich nicht mehr wiederfinden in diesen Gebilden, die sie zu laufenden Nummern werden lassen. Entscheidungen werden zunehmend nicht mehr dort getroffen, wo sie am besten ge-

GLOKAL

troffen werden können. Subsidiarität verliert an Bedeutung und der Bürger an sich wird immer weniger gefragt. Ihm bleibt das Wahlkreuz. Oder das Widerspruchsverfahren. Je nachdem, was ihm selbst mehr Aussicht auf „Erfolg“ in seiner Sache verspricht. Nein. Wir müssen anfangen, anders zu denken. Und zu handeln. Jetzt und nicht irgendwann!

Freies Geld ohne Fördervorbehalte für Kommunen

Wir brauchen mehr Entscheidungsgewalt in den Kommunen. Wir müssen ganz genau hinsehen, was in welcher Ebene der repräsentativen Demokratie künftig entschieden werden soll. Wir brauchen mehr Vertrauen des Bundes und der Länder in die kommunale Selbstverwaltung, die ein hohes aber bedrohtes Gut ist. Und wir brauchen ein Europa, das im Großen denkt, aber im Kleinen Selbstverwaltung wieder möglich macht. Das kein nationalistisches Gebilde ist. Sondern eher der Rahmen, der lokale Räume stärkt und sich um die große Ganze kümmert. Wir brauchen mehr Einfluss der Bürger in der Politik. Die wir aber nur erreichen, wenn wir mit ehrlichen Möglichkeiten

dazu einladen und Mitmachen wieder real Sinn macht. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Bürger des Landes. Denn letztlich ist es das ihre. Und wir müssen aufhören, das große Kümmern als Aufgabe der Politik zu betrachten. Politik muss ermöglichen. Nicht alles erledigen. Denn sie ist kein Lieferservice. Beginnen wir mit mehr freiem Geld ohne Fördervorbehalte für die Städte und Gemeinden. Hier, wo die Bürger die Haushalte mitgestalten und notfalls direkt widersprechen können. Hier, wo Bürger sich mit Ideen und ihren Gedanken und Meinungen einbringen können (und auch wollen).

Politik muss ermöglichen. Nicht alles erledigen. Denn sie ist kein Lieferservice.

Hier muss der Staat Macht teilen. Denn nichts anderes bedeutet es, Geld von Vorbehalten und Kontrolle zu befreien. Das ist Macht zu teilen mit denen, die diese per Mandat delegiert haben. Mit denen auch, die derzeit mehr und mehr verloren zu gehen drohen. Die mehr und mehr davon überzeugt sind, dass sie kaum noch Einfluss auf das haben, was ihr Leben bestimmt. Ohnmacht ist die Folge. Sich abwenden auch. Beides macht wütend. Wut macht Veränderung. Wenn wir nicht wollen, dass diese Wut unser Miteinander gefährdet, müssen wir den Bürger wieder ernst nehmen. Und auf Augenhöhe behandeln. Denn anders werden wir die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht im Miteinander lösen können.



Mehr Jugend wagen

von Leon Vucemilovic

53,4 Jahre. Das ist das Durchschnittsalter im Bundestag am Ende dieser Legislaturperiode. Junge Abgeordnete? Nahezu Fehlanzeige. Dabei ist es fatal, wenn die Politik ganze Generationen ignoriert. Was jetzt passieren muss – ein Essay.

Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Lang ist’s her, dass dieser Ausruf durch die Straßen deutscher Großstädte hallte. Damals zogen jeden Freitag Zehntausende junger Menschen dicht an dicht mit selbstbemalten Schildern vor die Parlamente in ihren Städten. Immer wieder skandierten sie ihre Slogans. Fridays for Future war und ist ein verzweifelter Versuch der jungen Generation, sich Gehör zu verschaffen.

Von Klimaschutz bis Hochschulgesetz – die Stimmen junger Menschen verhallen zu oft ungehört. Warum das so ist, zeigt ein Blick in die Parlamente. Im Bundestag etwa sind nur 5 Prozent der Abgeordneten unter 35 Jahre alt. In der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung sind es etwa 24 Prozent. Diese Diskrepanz sorgt für Probleme. Im täglichen Diskurs gehen Themen unter, die die Zukunft der jungen Generation bestimmen.

Dabei sind es die jungen Menschen, die dieses Land und diesen Planeten noch bewohnen werden, lange nachdem die heutigen Entscheidungsträger*innen nicht mehr

leben. Es wird also Zeit, die junge Generation endlich mehr in das politische Geschehen einzubinden. Mehr junge Menschen gehören in die Parlamente.

Kein „Weiter so“

Wie es ohne ihre Beteiligung läuft, hat die Vergangenheit gezeigt. Hätten junge Menschen zum Beispiel im EU-Parlament mehr Einfluss, wäre uns das Drama um Artikel 13 der Urheberrechtsreform wohl erspart geblieben. Vor allem junge Demonstrant*innen haben sich gegen die Reform gestellt, die Uploadfilter im Internet zur Folge hatte. „Die Parlamentsmehrheit ignoriert die Stimmen Hunderttausender junger Menschen“, sagte damals Tiemo Wölken. Der junge SPD-Politiker hatte die Reform von Beginn an kritisiert. Die Debatte um mögliche Uploadfilter war sinnbildlich für das Problem, das Parlamente mit jungen Menschen haben.

Die Wochenzeitung Die Zeit schrieb 2019, dass der damals 56-jährige CDU-Mann Axel Voss, der die Reform federführend vorangetrieben hatte, „zum Hassobjekt einer ganzen Generation geworden“

sei. Das wäre keineswegs nötig gewesen. Voss hätte nur auf die Interessen derer hören müssen, die seine Pläne am meisten betreffen: junge Menschen, die sich Sorgen um die Freiheit im Netz machen. Auch Kompromissvorschläge, die das Interesse der Urheber*innen geschützt und gleichzeitig die Freiheit im Internet weniger beeinträchtigt hätten, lagen auf dem Tisch. Die EU-Parlamentarier*innen mit einem Durchschnittsalter von knapp 56 Jahren stimmten für Voss’ Idee. Abgesehen von kleineren Zugeständnissen hat auch der Bundestag der Vorlage im Mai zugestimmt.

Seit es Demokratien gibt, würden junge Menschen nicht eingebunden, sagt Christina Wunder. Sie ist Botschafterin der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und hat einen eigenen Podcast zu Zukunftsthemen. „In der Antike durfte nur eine bestimmte Gruppe an Männern wählen. Schon damals war das sehr eng gefasst.“ Im Laufe der Geschichte durften immer mehr Menschen am politischen Leben teilnehmen. Arbeiterklasse und Frauen mussten zwar hart für ihr Wahlrecht kämpfen, heute dürfen aber nahezu alle erwachsenen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit wählen und gewählt werden. „Wir haben aber nur auf dem Papier die gleichen Rechte“, sagt Wunder. „In wichtigen Positionen haben wir einen Überschuss an bestimmten demographischen Merkmalen wie weiß, männlich, in einem bestimmten Alter. Andere Gruppen sind unterrepräsentiert.“ In der aktuellen Debatte um mehr Vielfalt sollte also auch die Repräsentation junger Menschen in der Politik eine Rolle spielen.

Auch Parteien würden profitieren

Viele ältere Menschen tendieren dazu, sich eher mit dem Status quo anzufreunden als jüngere. Das ist fatal. Gesellschaft und Umwelt verändern sich und die Politik sitzt es aus. Es fehlen Visionen. Wie soll das Leben in 30 Jahren aussehen? Wie wollen wir die Probleme der Zukunft bekämpfen? Junge Menschen sind ungeduldiger. Würden sie regieren, könnte eine Dynamik entstehen, die zum Beispiel den Kollaps des Erdklimas noch aufhalten könnte.

Auch die Parteien selbst würden von jungen Mitgliedern in wichtigen Positionen profitieren. Junge Menschen brechen verkrustete Strukturen auf, denn sie bringen eigene Kompetenzen mit. Für sie ist das Internet kein Neuland. Sie können Digitalisierung vorantreiben. Außenstehende sehen Missstände eher als diejenigen, die jahrelang die gleichen Abläufe gewohnt sind. Sie bringen auch den Mut auf, etwas anders zu machen. Meist ist es aber schwierig, überhaupt einen Fuß in die Tür zu bekommen. Viele Funktionär*innen innerhalb der Parteien wissen, dass neue Mitglieder oft einen anderen Blick auf die Dinge haben. Aus Angst vor zu viel Veränderung lehnen sie Reformen und mehr Einfluss für Menschen ab, die neu dazu stoßen.

Jugendquote als Garantie für Beteiligung

Um jungen Menschen ein Mitspracherecht zu ermöglichen, braucht es Regeln. Konkret heißt das: Wir brauchen eine Jugendquote in der deutschen Politik. Listenplätze und Parteiämter müssen zu einem gewissen An-



teil an Menschen unter 35 gehen. Für den Anfang wäre schon eine Quote von 10 Prozent eine Verbesserung. Im jetzigen Bundestag wären so 71 junge Menschen vertreten. Ein Anteil von 24 Prozent entspräche 170 Abgeordneten. Langfristig sollte genau das der Anspruch sein. Der Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener in der Politik muss ebenso hoch sein wie in der wahlberechtigten Bevölkerung. Ein Parlament, das die gesamte Bevölkerung vertreten möchte, muss jeder Gruppe den Platz einräumen, der ihr zusteht. Nur so wird es dem Auftrag gerecht, „Dem Deutschen Volke“ zu dienen, der in großen Buchstaben am Reichstag steht.

Aber muss es schon wieder eine Quote sein? Noch im vergangenen Jahr sagte CDU-Politiker Friedrich Merz zur Frauenquote: „Aus besseren Chancen für Frauen – die wir alle wollen – darf nicht eine Diskriminierung der Männer werden.“ Es ist das beliebteste Argument gegen eine Quote. Unqualifiziertere Menschen werden angeblich in bestimmte Posten gehoben, qualifiziertere müssen sie abgeben. Diskriminiert eine Jugendquote also ältere Menschen? „Definitiv nicht“, sagt Christina Wunder von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. „Auch bei der Frauenquote werden eben nicht inkompetente Frauen in den Posten gehoben.“ Stattdessen würden sich die fähigsten Bewerberinnen durchsetzen. „Die ersetzen dann aber die inkompetenten Männer. Die kompetenten machen trotzdem weiter, die haben sich ja bewiesen.“

Grundsätzlich ist eine Quote ein scharfer Einschnitt in die Vergaberegeln von Äm-

tern und Posten. Auch ohne Quote könnten Parteien für junge Menschen attraktiver werden. Das kann ihnen gelingen, wenn sie Mitgliedern oder Interessierten Möglichkeiten geben, an Entscheidungen teilzuhaben, ohne gleich ein Amt ausüben und so ständig präsent sein zu müssen. Dazu könnten sie beispielsweise auf mehr Basisdemokratie setzen und alle Mitglieder statt nur Delegierte in inhaltliche Fragen einbeziehen. Auch mehr Möglichkeiten, sich online einzubringen, könnten junge Leute anziehen. Ein einfacher Schritt wäre es etwa, dass nicht mehr der gesamte Ortsverband an einer Sitzung in der Parteizentrale teilnehmen muss, sondern sich jede*r auch von zu Hause oder unterwegs zuschalten kann.

Einige Parteien ermöglichen ihren Mitgliedern mehr Freiheiten sich einzubringen und stehen heute besser da als andere. Die Grünen haben beispielsweise bei der Europawahl 2019 die Hälfte ihrer 20 besten Listenplätzen mit Politiker*innen unter 35 besetzt. Trotzdem sind auch in diesen Parteien junge Menschen insgesamt unterrepräsentiert. Es führt kein Weg an der Quote vorbei.

Verschiedene Positionen sind erwünscht

Wichtig ist, dass die Parteien die Quote ernst nehmen. Es dürfen nicht nur Quoten-Jugendliche auf den hinteren Listenplätzen landen und am Ende doch wieder nichts zu

sagen haben. Stattdessen sollten die aussichtsreichen Listenplätze und auch Direktkandidaturen an junge Menschen gehen. Die Parteien müssten starke Persönlichkeiten aufstellen und sich von ihnen in den Parlamenten vertreten lassen.

Mit den Worten „Hey Rezo, du alter Zerstörer“ begann CDU-Politiker Philipp Amthor seine legendäre Antwort auf das Video des Youtubers. Dieser hatte darauf hingewiesen, was seiner Ansicht nach in verschiedenen politischen Bereichen wie Klimaschutz, Bildung oder dem Umgang mit den USA schief läuft. Der Titel des Videos, „Die Zerstörung der CDU“, war nicht differenziert, Amthors „ja lol ey“ wirkte aber ebenso wenig authentisch. Rezo und Amthor waren zum Zeitpunkt der Diskussion beide unter 30 Jahre alt. Das zeigt: Es gibt nicht die jungen Menschen. Die Jugend ist nicht homogen. Junge Menschen vertreten unterschiedliche Positionen, können diese einbringen und auch viel von älteren Menschen lernen. Die Hauptsache ist aber, dass sich junge Menschen überhaupt in den Debatten wiederfinden – und ihre Rufe nicht vor den Parlamenten verhallen.

■ MEINUNGSFREIHEIT

MEINUNG

Meinungsfreiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden

von Martina Plum

Wenn der Rassist etwas sagt und das letzte Wort hat, dann liegt das daran, weil der Demokrat schweigt. Und das Schweigen der Demokraten ist auch in der Demokratie möglich. Aber Meinungsfreiheit und Demokratie leben vom Engagement und vom Widerspruch und auch das müssen wir in der Streitkultur lernen.“ (Michel Friedman)

Mittlerweile ist eine große Mehrheit der Deutschen der Meinung, man müsse heutzutage „sehr aufpassen“ zu was und wie man sich überhaupt noch äußere (zwei Drittel, Allensbach 2019). Dabei ist die Meinung in Deutschland frei. Das ist verbrieft, tief verankert im Art. 5 des Grundgesetzes. Daran wird sich auch nichts ändern. Was sich aber verändert hat, ist das Meinungsklima. Bereits seit 1953 fragt das Allensbach Institut „Haben Sie das Gefühl, dass

man in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?“ Bis vor 10 Jahren war die Mehrheit der Meinung, dass man hier seine Meinung frei äußern könne. Seitdem hat sich das geändert. Jetzt sind es zwei Drittel, die sagen, dass das nicht mehr so ist.

Anfang 2020 fragte Allensbach auch in den Universitäten nach: Auch hier bestätigten sehr viele, dass sie sich durch formelle oder informelle Vorgaben zur Political Correctness eingeschränkt fühlen, 40 % meinten, wenn sie sich nicht gendergerecht äußerten, bekämen sie dafür negative Konsequenzen zu spüren. Egal wie alt, egal welches Geschlecht, egal welche politische Richtung: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt das konsequente Gendern ab. Die akademischen Diskussionen darüber haben sich von der Lebenswirklichkeit der Bürger längst verabschiedet. Und dabei wundern sich Parteien immer noch, warum die Menschen keinen Anlass mehr sehen,

„Wir haben keine Möglichkeit mehr in manchen Themenkomplexen Rede und Gegenrede, Argument und Gegenargument zu tauschen...“



sie zu wählen. Niemand will sich gängeln lassen.

Die Kluft zwischen der veröffentlichten Meinung und der Haltung großer Bevölkerungsgruppen wächst. Journalistinnen und Journalisten sind in der Regel akademisch ausgebildet. Die Sprache der Arbeiterinnen und Arbeiter findet nicht mehr statt. Wenn aber wichtige Teile der Bevölkerung nicht mehr stattfinden, dann wird ihre Stimme

auch nicht mehr gehört. Die wiederum fühlen sich im Stich gelassen.

Es ist etwas verloren gegangen

„Wir haben keine Möglichkeit mehr in manchen Themenkomplexen Rede und Gegenrede, Argument und Gegenargument, zu tauschen, weil jedes Gegenargument inzwischen als Hate Speech, als Hassrede deklariert wird. Wir sagen nicht mehr, ok, du hast eine andere Meinung, und die ist falsch, weil 1...., 2...., 3...., ich zähle dir mal ein paar Fakten auf, sondern es wird gesagt: „Du hast eine andere Meinung und damit verletzt du mich emotional und damit

missachtest du mich, damit diskriminiert du mich, und deswegen lassen wir dich gar nicht mehr hier mitsprechen...“ fasst Birgit Keller das aktuelle Diskussionsklima zusammen.

Das gute an sozialen Medien....

...ist, dass sie alle nutzen (können), das schlechte daran ist, dass es alle tun.

Der Argwohn gegenüber den Institutionen nimmt zu, das Vertrauen nimmt ab. Weil sich so viele nicht mehr gehört fühlen, sind sie deswegen umso lauter, damit ihre Stimme wieder irgendwo ankommt. Wie kann das sein, dass das viele so glauben? Wir sind freier als je zuvor, leben unabhängig von Geschlecht, Religion, sind alle miteinander verbunden. Wir haben über die Verbreitung der digitalen Medien wesentlich mehr Ausdrucksmöglichkeiten als unsere Großeltern es sich jemals hätten vorstellen können. Jeder hat das Recht seine Meinung frei zu äußern. Wie aber kann es dann sein, dass so viele meinen, sie werden nicht gehört? Und reagieren dann mit immer lauter werdenden um sich schlagenden Argumenten gegen die anderen? Dann geht es nur noch ums Austeilen. „Das permanente und als selbstverständlich empfundene Gefühl, systematisch überhört zu werden, versiegelt zuerst unsere Ohren und dann unsere Herzen“, so die Schriftstel-

lerin Elif Shafak. Je mehr wir den anderen nicht mehr zuhören, fühlen auch sie sich ungehört. So beißt sich dann die Katze in den Schwanz, der Teufelskreis setzt sich fort „und verschlimmert alles mit jeder Umdrehung“.

Wenn wir uns alle nur noch um uns selbst drehen, dann ist das Ende des Lernens besiegelt. Aber lernen lässt sich nur aus dem Erkenntnisgewinn und dieser speist sich nur aus dem Unterschiedlichen.

Die digitalen Medien haben den Gruppenarzissmus verstärkt. Als Teil einer Gemeinschaft fühlen sich viele stärker. Auf die Stärke der Gruppe hat schon Erich Fromm hingewiesen: „Er ist ein Nichts. Wenn er sich jedoch mit seiner Nation identifizieren oder wenn er seinen persönlichen Narzissmus auf die Nation übertragen kann, dann ist er alles.“

Auseinandersetzung mit den Gedanken des anderen setzt voraus, dass ich mich anstrengende die Sicht des anderen auch nachvollziehen zu wollen. Stattdessen aber wird immer weiter polarisiert und misstraut. Mit der Demokratie bleibt auch der Kompromiss, der Pluralismus auf der Strecke.

Es geht nur noch um die Frage: Gehörst du zu uns oder zu den anderen?

Große Debatten sind bei Twitter auch nicht möglich. Wie auch, bei nur vorhandenen 280 Zeichen? Mehr als ein Slogan kann dabei gar nicht herauskommen. Und ein Slogan gehört nicht gerade zu einer sachlichen Auseinandersetzung, kann also gar nicht mehr als eine oberflächliche Kampagne sein.

In Anspruch genommene Meinungsfreiheit ist nicht zu verwechseln mit einem nicht bestehenden Recht, seine Meinung ohne Widerspruch äußern zu dürfen. „Mei-

nungsfreiheit ist nicht gleich Widerspruchsfreiheit“, so Philipp Bender.

Meinungsfreiheit ist ein universelles Menschenrecht und als solches nicht verhandelbar. Jeder Mensch hat das Recht, die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen. Alles muss sagbar bleiben, solange es die Würde des anderen respektiert.

Die Lage bei uns ist nicht ernst. Meinungsfreiheit ist gewährleistet. Es gibt



„Auseinandersetzung mit den Gedanken des anderen setzt voraus, dass ich mich anstrengende die Sicht des anderen auch nachvollziehen zu wollen.“



keine gleichgeschalteten Medien. Jede und jeder kann seine Meinung frei äußern.

Eine Zensur findet nicht statt?

Wenn die Zensur einschreitet, hat die Freiheit der Meinung keine Chance mehr. Was aber ist Zensur? Bei den einen ist es die staatliche Kontrolle mündlicher und schriftlicher Äußerungen, bei den anderen die Political Correctness, die vorschreiben will, wer sich wozu wie überhaupt äußern darf und wer nicht.

Der Artikel 5.1 des Grundgesetzes lautet: „Jeder hat das Recht seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus den allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Also darf alles gesagt werden? Nein! Die Grenzen liegen bei der Verletzung anderer: Menschen und Völker/Nationen.

Zensur heute ist subtiler geworden. Facebook, Twitter und Co prägen heute unsere Kommunikation. Welche Filter was ein-

FREIHEIT

Ein paar Zahlen zur Pressefreiheit

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels hat mit den 11 Punkten der Charta der Meinungsfreiheit versucht die Diskussionskultur anzukurbeln. Mit dem Tag der Pressefreiheit am 3. Mai 2021 hat sich eine Woche lang alles nur um dieses eine Thema.

Reporter ohne Grenzen gibt zum Tag der Pressefreiheit am 3. Mai 2021 bekannt, dass Deutschland zum ersten Mal aus der Rangliste der Länder herausfällt, in denen die Pressefreiheit geschätzt ist. Die Gewalt gegen Medienschaffende ist in Deutschland 2020 auf ein neues Niveau gestiegen. Die Zahl der körperlichen Übergriffe ist laut dem Europäischen Zentrum für Presse- und Meinungsfreiheit so hoch wie nie seit der Datenerhebung. Von gut auf zufriedenstellend herabgestuft, abgerutscht auf Platz 13. Und das, weil sich die Übergriffe auf Journalisten verfünffacht haben. 71 % davon im Rahmen der

Anti-Corona-Demos.

Auch das ist ein Hinweis zum Handeln: In Polizeischulen wird nichts über die Pressefreiheit gelehrt. Wie aber sollen dann angehende Polizistinnen und Polizisten lernen, dass sie die Freiheit der Presse verteidigen (müssen)? Was wir brauchen ist ein öffentlicher Diskurs über den Wert der Pressefreiheit. Das ist ein Menschenrecht und nicht einfach etwas mit dem man sich in den Sonntagsreden schmückt. In einer Demokratie sind es die Massenmedien, die die Bürgerinnen und Bürger mit Informationen versorgen. Fehlt das, ist eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Rohstoff, der zur Entscheidung führt, nicht möglich. Pressefreiheit ist im GG verankert, von der UN sind Sie als verbindliches Menschenrecht deklariert. Genauso wie das Demonstrationsrecht. Das Menschenrecht darf nicht unter die Räder geraten.

schränken, offenbart sich uns nicht. Aber die Freiheit der Rede wird durch sie eingeschränkt. Einschränkung der Medienfreiheit durch den Algorithmus.

Ein kurzer Blick in die Geschichte

Der Rat der Volksbeauftragten verkündete in seinem Aufruf „An das deutsche Volk“ am 12. November 1918 das Ende der Zensur und das Recht auf freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Später heißt es dann in Artikel 118 der Weimarer Verfassung: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der

Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern... Eine Zensur findet nicht statt.“ Heute wissen wir mehr. Der Blick zurück offenbart, wie unentschlossen die Demokratie der Weimarer Republik war.

Es dauerte noch bis 1958, bis die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik zum Grundrecht erklärt wird. Das Bundesverfassungsgericht hatte damals die Meinungsfreiheit und Demokratie für immer zusammengeschweißt. Ohne die Freiheit der Meinung keine Demokratie.

Streiten + Streitkultur

von Martina Plum

Jenseits von richtig und falsch gibt es einen Ort. Dort werden wir uns begegnen

Rumi, 13.Jhdt.

Um miteinander klarzukommen, muss man nicht einer Meinung sein, sondern Respekt voreinander haben. Man braucht sich nicht unbedingt zu verstehen, es genügt, andere Meinungen zu akzeptieren, man muss sie weder teilen noch verstehen.

Streit ist also gut und bringt vor allem weiter. Dennoch: Fast bei jedem Streit oder Disput wird er erhoben: Der Vorwurf der Spaltung, damit bleibt unerwünschte Kritik ausgeblendet und erspart die Auseinandersetzung in der Sache.

Ein Liberaler und ein Demokrat werden niemals behaupten, dass Kritik spaltet. Im Gegenteil: Kritik/Streit schweißt die Demokratie zusammen oder wie Helmut Schmidt sagte: „Eine Demokratie ohne Streit ist keine.“

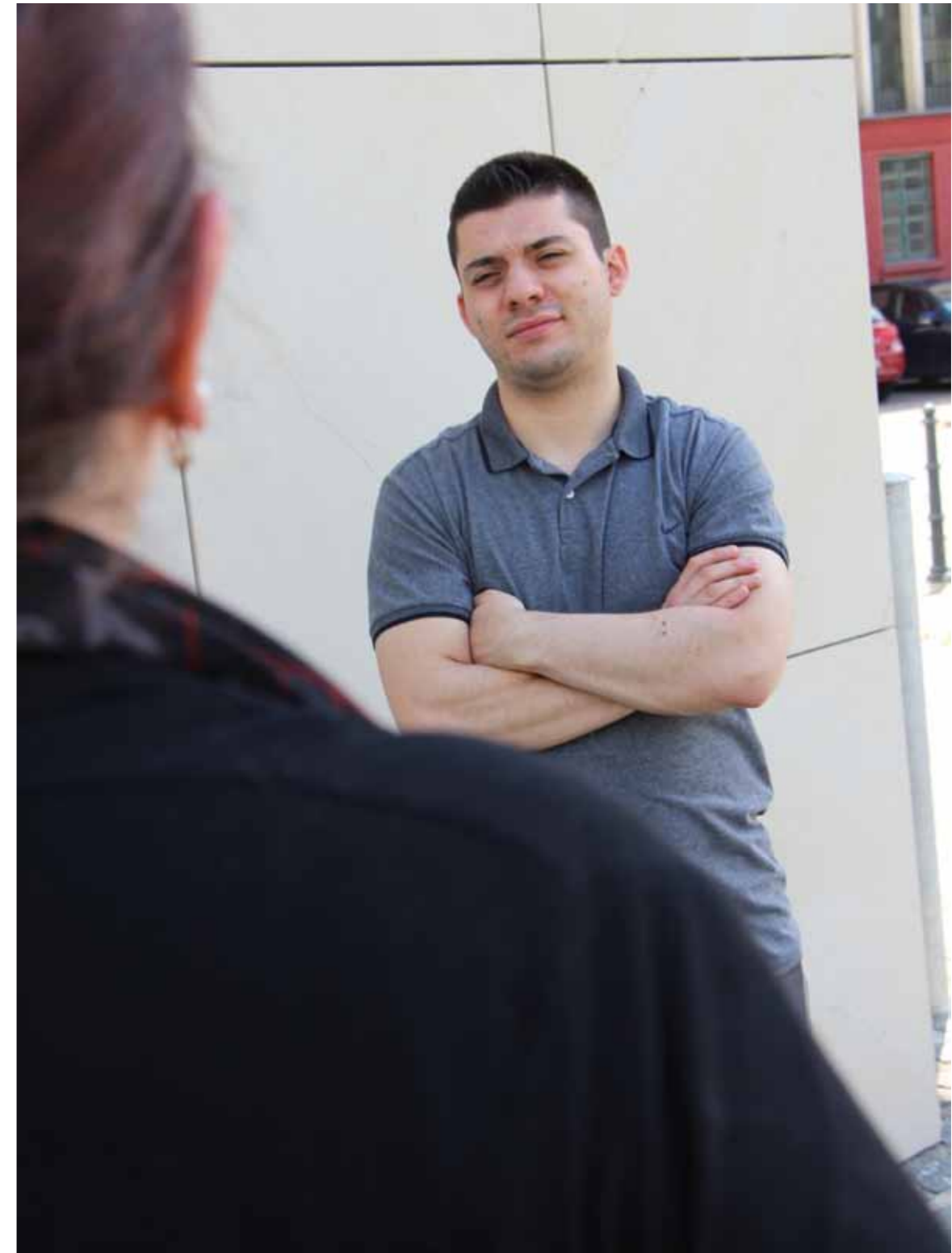
Das, was Oma sagt(e), gilt eigentlich immer noch. Nur, dass heute keiner mehr auf die alte Dame hört. „Wenn dich jemand ärgert, dann zähle bis zehn. Und wenn es dich danach immer noch beschäftigt, dann reagiere.“ Die Zeit nehmen wir uns heute nicht mehr. Wir reagieren sofort, in Echtzeit quasi. Die Reaktion auf eine andere Meinung kommt sofort. Mit all ihren Folgen und Konsequenzen. Dabei fühlen wir die Gemeinschaft aller,

die mit uns in der Filterblase stecken. „Gemeinschaft erleben wir nur noch, wenn wir im Hass vereint sind“ so Sibylle Berg.

Liegt es also nur am Internet? Wohl kaum. Das Netz beschleunigt nur das, was eh schon da ist. Früher war nicht alles besser. So ein Quatsch. Aber es war entschleunigter, das stimmt schon. Gingen wir auf eine Demo, dann war das Megaphon dabei, um in der hintersten Ecke der Straße gehört zu werden. Heute ist es nicht nur die Straße, sondern die ganze Welt, die uns und unsere Meinung hören soll.

Auch „damals“ hatten wir unsere Hassobjekte. Doch es gab einen entscheidenden Unterschied. Wir haben uns gestritten, manchmal gezankt. Aber wir haben uns wieder vertragen. Und später wieder gemeinsam an einem Tisch gesessen.

„Gemeinschaft erleben wir nur noch, wenn wir im Hass vereint sind.“



Heute heißt gemeinsam sein: Gemeinsam auf der richtigen Seite zu sein. Zu den Guten, zu den Richtigen zu gehören.

Was einst eine aufgeklärte Gesellschaft auszeichnete, war der Austausch unterschiedlicher Gedanken, das Nachfragen, das Zuhören. Um dann darüber nachzudenken, um Erkenntnisse zu gewinnen. Kollektive Wahrheiten gibt es nicht mehr. Schuld sind immer die anderen. Die Opfer sind schnell gefunden.

Vielleicht sollten wir einfach mal wieder mehr innehalten und uns fragen: Ist das wirklich so wichtig? Bringt mich das weiter? Was wäre ich ohne das?

Denn: Wenn es so weitergeht wie jetzt, dann verlieren wir zum Schluss alle.

Vielleicht ist es ganz sinnvoll, sich immer wieder zu verdeutlichen: Wenn wir in einem Streit aneinandergeraten, dann sind das unterschiedliche Meinungen, die scheinbar nicht zusammenpassen. Und wenn wir uns einmal überlegen, wie unsere Meinung von den Dingen zustande kommt, dann wird klar, dass wir uns die Argumente unserer Meinung oft nur aus den immer gleichen Quellen herausziehen. Systematisch gehen wir selten daran, wenn wir unsere Meinung bilden.

Wenn ein Streit also gut werden soll, dann wird er zum gemeinsamen Suchen nach den Gründen und Ursachen eines Problems. Eine Möglichkeit, das zu tun, ist die Frage nach dem Warum? Warum ist mir das so wichtig und natürlich auch: Was treibt mein Gegenüber an? Letztendlich geht es immer darum: In welcher Welt möchte ich leben?

Mein Gegenüber stellt sich im Prinzip die gleiche Frage. Gemeinsam können wir nach dem Ausschau halten, was uns verbindet, wo gibt es Überschneidungen.

Streiten ist ein sehr sozialer Akt.

Wie wir es nicht machen sollten:

Aggressiv werden, persönlich beleidigend, dem Streit aus dem Weg gehen (der Harmonie wegen). Auf den ersten, den oberflächlichen Blick sind wir dann alle einer Meinung. Niemand sagt mehr etwas.

Da aber meistens nur verschiedene Meinungen und unterschiedliche Ansätze zu besseren Ergebnissen führen, ist die Meinungsverschiedenheit eigentlich etwas sehr Positives, etwas was die Gruppe voranbringt.

Konstruktiver Streit bzw. wie man es machen sollte:

Nie die Person angreifen, sondern immer sachlich bleiben.

Keine Meinung von vornherein ausschließen. Klingt manches auch noch so abwegig und liegt es nahe, Vorschläge kategorisch abzulehnen, ist es besser, dass vor allem eine Frage gestellt wird: Gibt es etwas, was wir daraus nutzen können?

Machen Sie keine Vorwürfe.

Bei Vorwürfen reagiert der andere defensiv und trotzig. Am besten hier stets in der Ich-Form reagieren „Ich denke, dass...Ich meine, dass...“

Lassen Sie die Gegenseite ausreden.

Und hören Sie beim Ausreden lassen aufmerksam zu.

Bringen Sie sich bei jeder Idee voll ein.

Auch wenn es nicht die eigene Meinung ist, die sich durchgesetzt hat, bringen Sie Ihr Können und Wissen mit ein.

Nehmen Sie sich Zeit.

Nicht zwischen Tür und Angel, sondern im würdigen Rahmen miteinander diskutieren und abwägen.

Verzichten Sie auf Verallgemeinerungen.

Nehmen Sie lieber konkrete und aktuelle Beispiele. Sagen Sie konkret, was Sie stört. Nur das gibt dem anderen auch die Chance, etwas zu ändern.

Konstruktive Streitkultur beinhaltet vor allem den gegenseitigen Respekt aller Beteiligten.

10 goldene Streitregeln:

1. Ehrlichkeit
2. Zuhören
3. Alles muss raus
4. Respekt
5. Beschreiben statt bewerten
6. Sachlich bleiben
7. Blickwinkel wechseln
8. Auszeit nehmen
9. Kompromisse finden
10. Verzeihen können

Was kann man tun, um konstruktiv zu streiten?

Ein Tipp ist immer, darüber nachzudenken, was treibt den anderen an? Was sind seine oder ihre Bedürfnisse und Interessen, warum ist er oder sie dieser Meinung?



Cancel Culture

von Martina Plum

„Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Immanuel Kant

Der kategorische Imperativ von 1785 ist der Versuch, einen Maßstab für gerechtes Handeln zu finden. Dabei soll die ethische Eignung einer Regel danach bewertet werden, ob sie sich verallgemeinern lässt.

Die **Anonymität der sozialen Netzwerke** forciert die Beschimpfung, Intoleranz in einer Gesellschaft, die sich der Toleranz rühmt.

Dabei hat diese Intoleranz Nachwirkungen für die, die es betrifft: Sie werden als Rednerin oder Redner ausgeladen, persönlich bedroht, oder verlieren gar ihren Job oder Auftrag.

Die Cancel Culture beschäftigt sich nicht mehr mit den Werken, sondern mit seinen Urhebern. Und wenn es ihnen an Moral fehlt, dann ist das ganze Werk nicht mehr nur nicht erwähnenswert, es wird sogar gemieden und verurteilt. So ergeht es Kant

und Voltaire wegen ihrer rassistischen Äußerungen, dazu gesellt sich auch Hannah Arendt. Geschichte wird gesäubert. Wenn wir also jemanden wegen der Bedeutung eliminieren, die sein oder ihr Werk errungen hat, dann machen wir uns frei davon, darüber nachzudenken, was Rassismus überhaupt möglich macht. Es entsteht eine Art Denkflucht. Wichtiger und richtiger wäre es, sich dem Thema zu stellen und Rassismus als das zu entlarven, was er ist: menschenverachtend.

Einige Persönlichkeiten, die es hier in Deutschland getroffen hat: Monika Maron, Harald Martenstein, Dieter Nuhr, Boris Palmer, Cora Stephan, Ulrike Stockmann und Günter Wallraff.

In Amerika – von wo die Cancel Culture ursprünglich kommt – trifft es viele namhafte Persönlichkeiten. Unter ihnen Margaret Atwood, Joanne K. Rowling. Diese

wehren sich in einem oft diskutierten Brief. Sie schreiben: „Der freie Austausch von Informationen und Ideen, das Lebenselixir einer liberalen Gesellschaft, wird täglich mehr eingeengt. Während wir dies von der radikalen Rechten erwarten, breitet sich die Zensur auch in unserer Kultur immer weiter aus: eine Intoleranz gegenüber gegenteiligen Ansichten, eine Vorliebe für öffentliche Beschämung und Ächtung und die Tendenz, komplexe politische Fragen in einer blendenden moralischen Gewissheit aufzulösen.“

Misstrauen gegenüber den anderen

Alles, was nicht bedingungslose Zustimmung erhält, wird als Affront empfunden. In den sozialen Medien herrscht Boshaftigkeit. Denn, wenn jemand seine politische Meinung äußert, egal aus welcher Richtung, ist es meist zugespitzt und auf einige wenige Aspekte fokussiert. Da ist der Shitstorm vorprogrammiert. Das führt dann dazu, dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Pro und Contra erst gar nicht mehr stattfindet, sondern nur noch diffamiert wird, was nicht direkt ins eigene Bild passt. Die Politikwissenschaftlerinnen Heather Ondercin und Mary Lizotte haben eine große Stichprobe in den USA gemacht. Da wird deutlich, dass sich in dem Zeitraum von 1980 – 2016 die Animosität der po-

litischen Lager stetig verschärft hat. Bei Frauen sogar noch stärker als bei Männern, weil, so die Forscherinnen, sie festere Lageridentitäten pflegen. Sie definieren sich stärker über Gruppen.

„Politische Polarisierung bedroht zunehmend den Fortbestand demokratischer Institutionen“ schreibt das Team um Michael Schwalbe und Lee Ross in einer Studie der Stanford University. Dabei wurde deutlich, dass es nicht mehr wichtig ist, was die Politiker sagen, sondern nur noch wer was sagt.

Über das was gesagt wird, wird nicht mehr viel nachgedacht, sondern lediglich das gehört, was die eigenen Reihen sagen, den anderen wird Boshaftigkeit und Dummheit unterstellt.

Das zieht sich durch alle Gruppierungen und Konstellationen. Die jeweils eigene Wahrheit wird dann so zurechtgebogen, wie sie dem Einzelnen und der zugehörigen Gruppe in den Kram passt. Jeder denkt natürlich, dass er derjenige ist, der objektiv an die Sache geht. Und wenn dann die eigene Meinung einmal hinterfragt wird, dann wird das oft als Frontalangriff gesehen.

„Politische Polarisierung bedroht zunehmend den Fortbestand demokratischer Institutionen.“

Der Indianerhäuptling

Das war alles andere als politisch korrekt: Auf die Frage, was sie denn als Kind einmal werden wollte, antwortete Bettina Jurasch beim Landesparteitag der Grünen: Indianerhäuptling. Ihre Aussage wurde aus dem Youtube-Video herausgeschnitten. Sie war genau in zwei Fettnäpfchen getreten. Sie hätte statt Indianer die Ureinwohner Amerikas sagen sollen und dann hatte sie auch noch den Häuptling nicht gegendert. Oder gab es überhaupt nie eine Häuptlingin? Und überhaupt wieso wollte sie als Kind mal in die Fußstapfen eines männlichen Wesens treten, obwohl sie doch schon immer weiblich war?

Die Welt ist kompliziert geworden und deswegen darf alles nur noch korrekt wiedergegeben werden. Sonst läuft man Gefahr, rausgenommen zu werden.

Je komplizierter die Welt wird, desto weniger kann sie mit Ambivalenzen leben. Dabei wäre das Einfache stehen zu lassen die größere Lösung der Mannigfaltigkeit anstehender Bedrohungen, Gefahren und Probleme. Das Tilgen, das Streichen von Andersartigkeiten vergrößert nur die Kluften. Wenn nur noch die eigenen Gefühle zum Maßstab aller Dinge werden, wenn vom Wir nur noch ein Ich bleibt, wenn es unwichtig ist, welche Fakten und Belege ein Autor hat, sondern nur noch von Interesse ist, welche Gesinnung er oder sie hat, dann verengt sich der Debattenraum. Und da, wo nicht mehr diskutiert wird, da entsteht die Radikalität.



FREIHEIT DER MEINUNG

Identitäten

Die Identitätslinke sieht Minderheiten als eine einheitliche Gruppe von diskriminierten Opfern. Es geht gar nicht mehr um individuelle Einstellungen, die einfache Zugehörigkeit reicht. Minderheiten und Mehrheiten werden alle über einen Kamm geschert. Hautfarbe und Geschlecht z.B. stehen wieder im Mittelpunkt. Es gibt immer nur DIE Weißen und DIE Schwarzen. Individuen finden hier gar nicht mehr statt. Dabei werden hier Menschenrechte relativiert. Gruppenidentität steht über dem individuellen Menschenrecht. Aber: Identität ist kein Argument. Identitätslinke gefährden die Menschenrechte, weil diese individuell und nicht für Kollektive gelten.

Gerade links-progressive Menschen kommen mit dem tadelnden Zeigefinger, erheben sich moralisch über die anderen. Das Problem liegt darin, dass man den anderen nur als Feind betrachtet. Weisheit zeichnet sich durch Zweifel aus. Dabei erstreckt sich der Zweifel auch auf die eigene Meinung.

” Je komplizierter die Welt wird, desto weniger kann sie mit Ambivalenzen leben.

Die Willkür Russlands: Vom Hörsaal zum Hausarrest

von Anastasia Zejneli

Seit drei Monaten stehen vier Journalist:innen des Moskauer Studierendenmagazins Doxa unter Hausarrest. Sie informierten Studierende über ihre Rechte an der Uni. Der Fall zeigt, dass es jede:n treffen kann, denn der Kreml tut alles, um die politische Lage unter Kontrolle zu halten.

Es ist Mitte April und Anton Romanov ist auf den Weg in den Urlaub. Drei Wochen will der Moskauer Geologie-Student bei einem Freund in Istanbul verbringen. Neben dem Studium ist er für den Newskanal des Studierendenmagazins Doxa zuständig. Er freut sich auf seine geplante Auszeit. Eine Stunde bleibt ihm, um in Mineralnyje Wody umzusteigen, einer Kleinstadt im Süden Russlands. Später wird er von diesem Tag als einen der schlimmsten in seinem ganzen Leben sprechen. Als er beim Zwischenstopp sein Handy einschaltet und etliche verpasste Anrufe sieht, ist ihm noch nicht klar, was dieser Tag für Doxa und die Mitarbeitenden bedeuten wird.

Am 14. April 2021 durchsucht die Polizei die Redaktion des Studierendenmagazins in Moskau. Sie nimmt vier von Romanovs Kolleg:innen fest: Armen Aramyan, Natalia Tyshkevich, Vladimir Metelkin, und Alla Gutnikova. Zuvor hatten die Beamten be-

reits die Wohnungen der Vier durchsucht, von zweien sogar die Wohnungen der Eltern.

Ein Video wird zum Verhängnis

Die Polizei nahm die Studierenden wegen eines Videos fest, das sie im Januar 2021 veröffentlicht hatten. Darin informieren sie Studierende darüber, dass die Universität keine:n aufgrund der Teilnahme an Protesten exmatrikulieren darf. Mit dem Video hätten sie laut Staatsanwaltschaft ein Verbrechen nach Artikel 151.2 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation begangen. Es gehe um die „Beteiligung von Jugendlichen an Aktivitäten, die für sie schädlich sein können“.

Seit vielen Jahren kritisiert die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen die Beschränkungen der Pressefreiheit in Russland. Das Land befindet sich auf der Rangliste der Pressefreiheit 2021 auf Platz 150. Reporter ohne Grenzen vergleicht in der Rangliste die Situation für

Journalist:innen und Medien in 180 Staaten und Territorien. Die Platzierung ermitteln sie anhand von zwei Kriterien: Einer-

seits befragt die Organisation Expert:innen vor Ort. Dazu kommen die von Reporter ohne Grenzen ermittelten Zahlen von Übergriffen, Gewalttaten und Haftstrafen gegen Medienschaffende im Kalenderjahr 2020. Immer wieder sind auch junge Journalist:innen und Studierende davon betroffen. „Seit Wladimir Putins Amtseintritt im Jahr 2000 verschlechtert sich die Lage enorm. Der russische Präsident gilt für uns als einer der größten Feinde der Pressefreiheit weltweit“, erklärt Ulrike Gruska. Sie arbeitet als Pressereferentin für Reporter ohne Grenzen und beschäftigt sich mit Osteuropa und Zentralasien.

Von der Verhaftung seiner Kolleg:innen bekommt Anton während seines Flugs nach Mineralnyje Wody nichts mit. Als er bei seinem Zwischenstopp die vielen verpassten Anrufe entdeckt, ruft er direkt zurück. Von der Verhaftung ahnt er bis dahin nichts. Erst als er endlich einen Freund erreicht, erfährt er von den Festnahmen: „Als ich endlich einen Freund erreicht hatte, war ich geschockt. Bis zum Betreten des Flugzeugs nach Istanbul dachte ich, dass sie mich abfangen. Ich dachte, ich bin der Nächste, der verhaftet wird“, erzählt er.

Trotz der Ereignisse in Moskau konnte Anton Romanov das Land ohne Komplikationen verlassen. Statt Urlaub zu machen arbeitet er in Istanbul Tag und Nacht für Doxa weiter, um die Außenwelt über die Verhaf-

„Der russische Präsident gilt für uns als einer der größten Feinde der Pressefreiheit weltweit.“

tungen und weitere Ereignisse zu informieren. Obwohl er nicht gewusst habe, was mit ihm und den Redakteur:innen passieren wird, entschied er sich nach einiger Zeit in seine Heimat zurückzukehren. „Ich habe mir natürlich Sorgen um die vier gemacht. Doch viel mehr besorgt mich, was es für unser Land bedeutet, wenn Studierende auf einmal festgenommen werden“, erzählt der Doxa-Redakteur.

Die Pressefreiheit in Russland ist stark gefährdet

Nicht immer galt Russland als ein pressefeindliches Land. Das russische „Gesetz über die Massenmedien“ von 1991 zählte nach dem Zerfall der Sowjetunion zu den fortschrittlichsten in Europa. Es sollte jede Form von Zensur verbieten und die freie Gründung privater Massenmedien garantieren. Doch mehrere politische Ereignisse in und um Russland haben die Regierung dazu verleitet, die Pressefreiheit einzuschränken.

Alena Epifanova beschäftigt sich für den Verein Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik mit der Russischen Innenpolitik seit Beginn der ersten Amtszeit Putins

im Jahr 2000. Für sie stellen die Proteste in den Jahren 2003 bis 2005 in Georgien und der Ukraine die erste Zäsur dar, die das Verhalten der Regierung prägte. Dort protestierten nach bundesweiten Wahlen zahlreiche Menschen. In Georgien war die Rosenrevolution ausschlaggebend für den Rücktritt des damaligen georgischen Präsidenten. „Dort hat die Regierung in Russland gesehen, dass sich unglaubliche Kräfte verbinden können, wenn Leute auf die Straße gehen“, erklärt Epifanova den Effekt der Proteste für Russland. Die russische Regierung kontrollierte in den oer Jahren lediglich die staatlichen Fernsehkanäle. Die Kontrolle des Internets war bis dahin zweitrangig, da die Mehrheit der Bevölkerung sich über das Fernsehprogramm informierte.

Das Internet wird interessant für den Kreml

Erst Jahre später brachte ein politisches Großereignis den Kreml dazu das Internet stärker unter staatliche Kontrolle zu bringen. Im September 2011 wählte Russland einen neuen Präsidenten. Obwohl viele Bürger:innen mit dem damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew zufrieden waren, gewann Wladimir Putin die Wahl.

Viele Menschen seien frustriert gewesen von der Entscheidung, erzählt Epifanova. „Mit Medwedew war eine Hoffnung auf Reformen und mehr Freiheiten auf gekommen. Da war die Nominierung Putins eine Erschütterung“, erklärt die Russland-Expertin.

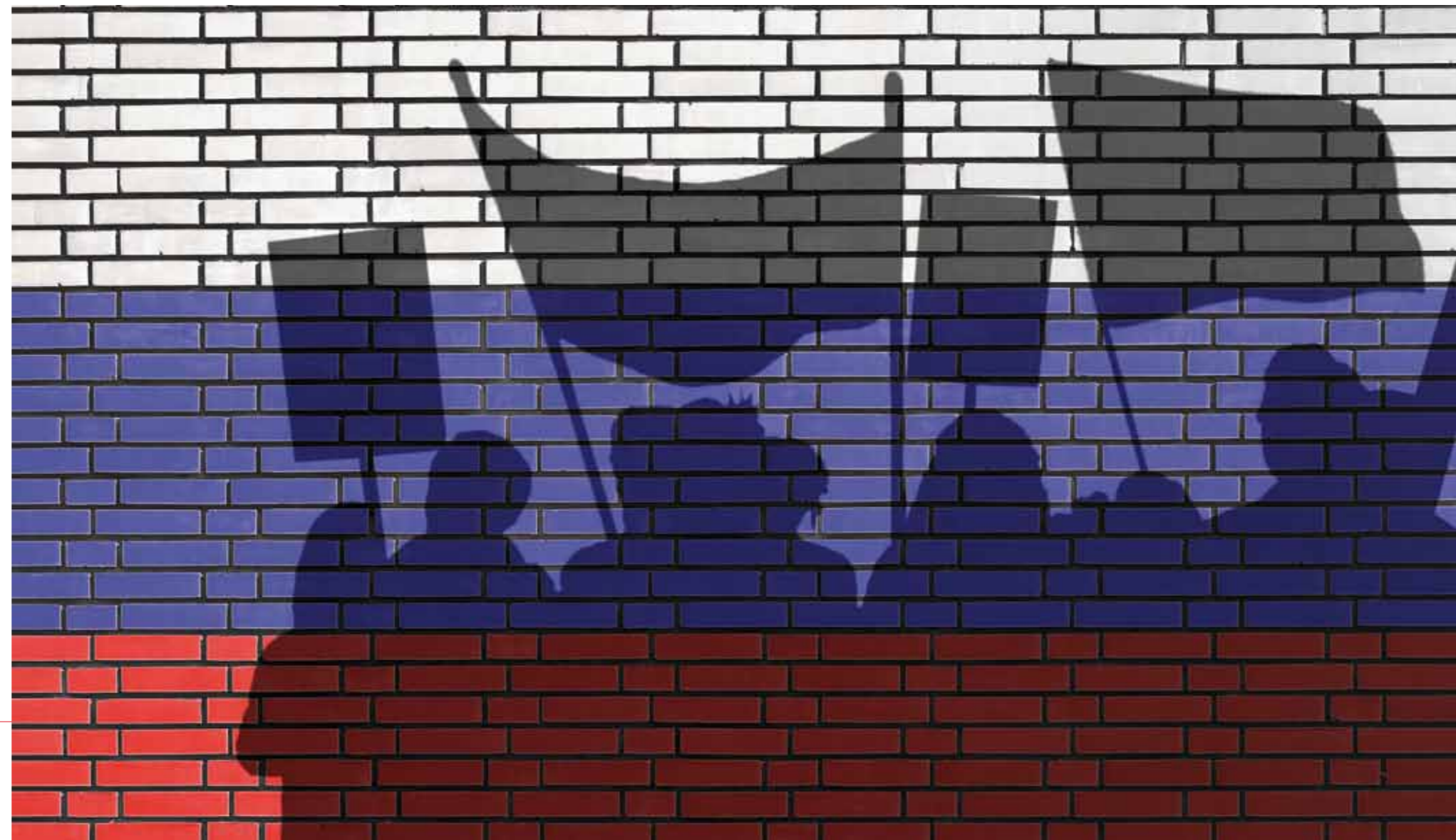
Dazu kam, dass sich viele Russ:innen als Wahlhelfende anmelden konnten. Sie konnten so selbst sehen, welche Wahlmanipulationen möglich sind, erklärt Epifanova. Sie hatten nach Putins Wahlsieg das Gefühl, dass es sich um Wahlbetrug handele. Was danach folgte, war für Russland einmalig: „Die Proteste 2011 und 2012, waren nicht nur kleine regionale Demonstrationen. Es waren große Ansammlungen, auch außerhalb von Moskau, für die sich Menschen über das Internet verabredet hatten“, erzählt Ulrike Gruska von Reporter ohne Grenzen. Es waren die größten Proteste in Russland seit dem Ende der Sowjetunion.

Soziale Netzwerke spielen eine entscheidende Rolle

Für Epifanova seien die Versammlungen der Höhepunkt des freien Internets in Russland gewesen. Die Informationen zu Demonstrationen, aber auch zu dem Wahlbetrug verbreiteten sich rasant über soziale Netzwerke. Die Proteste gingen bis in das Jahr 2012, doch die Regierung konnte sie durch ihr hartes Vorgehen beenden. Auch wenn Putin trotz der Aufstände eine weitere Amtszeit als Präsident aufnehmen konnte, beschäftigen die Proteste den Kreml nachhaltig.

Seit 2012 verabschiedete das Parlament eine Vielzahl an Gesetzen, die die Presse und auch immer stärker einzelne Personen einschränken, die sich kritisch im Internet äußern. Die Gesetze verbieten bestimmte Inhalte, verstärken die Überwachung des Datenverkehrs und beschränken den Einfluss ausländischer Medienunternehmen.

Außerdem existiert ein Gesetz, dass ein eigenes abgekoppeltes Internet vorsieht. So könne die Regierung Internetseiten einfacher sperren, ohne Mitwirkung – und sogar ohne Wissen - der Provider, sagt Gruska. Laut Ulrike Gruska sei es jedoch fraglich, ob und wann eine solche Abkopp-



lung vom weltweiten Netz tatsächlich technisch umgesetzt werden kann.

Im Russlandbericht von Reporter ohne Grenzen aus dem Jahr 2019 kritisiert die Organisation außerdem die Qualität der Gesetze. Viele seien in großer Eile verfasst worden oder würden juristische Fehler aufweisen. Außerdem seien Regelungen häufig schwammig formuliert und beliebig auslegbar. So könne die Regierung unliebsame Berichterstattung oder Diskussionen in sozialen Netzwerken verhindern und Strafen verhängen.

Willkürliche Strafen für die Medienunternehmen

„Für die Überwachung ist die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadosr zuständig“, erzählt Gruska. „Sie ist für die Vergabe von Rundfunklizenzen und die Registrierung von Medien zuständig und führt eine ständig wachsende Liste verbotener Inhalte. Mittlerweile ist es eine riesige Behörde mit mehreren Tausend Angestellten.“

Immer wieder erteilen die Behörden willkürliche Strafen. 2019 musste zum Beispiel das Online-Portal Park Gagarina in Samara ein Bußgeld zahlen, weil die Mitarbeitenden die Seite an einem nachrichtenarmen Wochenende aktualisiert hatten.

Dabei trifft die Willkür nicht nur die Presse. „Natürlich konzentrieren wir uns als Reporter ohne Grenzen auf die Presse und die Meinungsfreiheit, aber die Regierung geht insgesamt gegen die gesamte Zivilgesellschaft vor“, betont Gruska.

Korruption an der Universität

Auch Doxa hatte vor den Verhaftungen im April Schwierigkeiten mit ihrer journalistischen Arbeit. Das Magazin beschäftigt sich intensiv mit der Kritik an Universitäten und dem politischen Handeln von Studierenden. „Studierende werden unterdrückt oder rausgeworfen, wenn der Universität die politische Haltung nicht gefällt“, erzählt Anton Romanov. Er selbst studiert an der Staatlichen Universität Moskau, wo er mitbekommen habe wie ein Dekan versucht hatte Geld für Exkursionen zu entwenden. „Meine Universität ist voll von Korruption und Beschränkungen“, kritisiert er.

Eine weitere Universität in Moskau, die Higher School of Economics (HSE) hatte das Studierendenmagazin lang mit Redaktionsräumen und umgerechnet 120 Euro, als jährliche finanzielle Hilfe, unterstützt. Mit dem Geld konnten sie ihre Domain bezahlen, erzählt er. „Wir fingen im Sommer 2019 an über eine Prorektorin der HSE zu berichten, die eine politische Karriere anstrebte. Dies war einer der Gründe, warum wir in dem Jahr die Räume verlassen mussten und kein Geld mehr erhalten haben.“ Im Juni hatte die Uni den Doxa-Mitarbeitenden außerdem verboten über ihre Verbindung zur HSE zu sprechen. „Ich bin nicht wütend über die Entscheidungen, sondern eher traurig. Die HSE hatte sich immer noch ein wenig mehr Freiheit angefühlt als meine eigene Uni“, erzählt Anton Romanov.

Kein Zugang zum Internet

Im Januar 2021 berichtete Doxa vermehrt über die Proteste, die im Zusammenhang mit der Verhaftung Nawalnys stattfanden. In der Zeit veröffentlichten sie auch das Video, das für Antons vier Kolleg:innen zum Verhängnis wurde. „Hausarrest in Russland kann nicht auf eine bestimmte Zeitspanne bestimmt werden. Es kann Jahre dauern, bis sie wieder frei sind.“ Den vier Journalist:innen würde es so weit gut gehen, erzählt Anton. Die vier hätten nur zwei Stunden Ausgang pro Tag. Außerdem dürften sie keine Kommunikationswege nutzen, wie zum Beispiel das Internet.

In den zwei Stunden Ausgang müssten sie jeden Tag bei der Wache erscheinen. Dort würden sie vernommen. „Praktisch gesehen nimmt man ihnen so die freie Zeit draußen“, kritisiert der Doxa-Redakteur. Die Studierenden könnten sich aber auf der Wache austauschen. Außerdem dürften sie Briefe erhalten. „Einer meiner Freunde, der unter Arrest steht, ist sehr twitter-süchtig. Er erhält Twitter-Threads per Post zu geschickt.“, erzählt er lachend.

Die Regierung wird nervös

Für Ulrike Gruska von Reporter ohne Grenzen ergibt es Sinn, dass der Kreml Studierende über den Herbst hinweg im Hausarrest kontrollieren will. „Das Regime zeigt sich sehr nervös vor der Parlamentswahl im September.“

Epifanova glaubt nicht, dass es im September zu Komplikationen kommen wird.

„Die Wahlergebnisse stehen gefühlt jetzt schon fest und es werden auch keine Leute von außerhalb mehr als Wahlhelfende dabei sein dürfen“, glaubt die Russland-Expertin. Somit hätten nur regierungstreue Russ:innen Einblicke in das Wahlgesehen.

Da Alexey Nawalny weiterhin in Haft ist und andere Oppositionelle das Land verlassen haben, gäbe es momentan wenige Leader, die Stimmung machen könnten. Laut Epifanova verfolgt der Kreml eher ein langfristiges Ziel. „Unabhängige Medien und Politiker werden jetzt ausgeschaltet. Jedes Risiko bis zur Präsidentschaftswahl 2024 muss vermieden werden. Das hat höchste Priorität für die Regierung.“

Dass Journalist:innen die der breiten Öffentlichkeit unbekannt sind, in Haft müssen, ist für Epifanova ein dramatisches Signal, wenn es um die Pressefreiheit geht. „Doxa zeigt uns allen, dass die Lage, wenn es solche jungen Journalist:innen trifft, wirklich gefährlich ist.“

Anton Romanov kann sich nicht erklären, warum die Regierung es besonders auf Doxa abgesehen hat. „Ich verstehe manchmal nicht, wie sie denken. Es wirkt sehr irrational. Aber es ist klar, dass sie seit dem Video ein Auge auf uns haben“, sagt er. Mit ihm wollte die Polizei bisher noch nicht reden. Neben den vier Journalist:innen, haben jedoch acht weitere Mitarbeitende Vorladungen als Zeug:innen in dem Fall erhalten. „In Russland ist so etwas gefährlich: Erst ist man Zeuge und dann Täter. Es könnte jeden von uns als nächstes treffen.“

Pressefreiheit in Europa unter Druck – zur Lage in Ungarn und Polen

von Tina Bettels-Schwabbauer, Michał Kuś, Gábor Polyák

In diesem Jahr zeigt die Weltkarte von „Reporter ohne Grenzen“ nur wenige weiße Flecken. Die Nichtregierungsorganisation veröffentlicht jedes Jahr eine Rangliste der Pressefreiheit, auf deren Daten auch ihre Karte basiert. Nur in den weiß eingefärbten Ländern – 12 von 180 – können Journalistinnen und Journalisten gut bzw. optimal arbeiten. Die anderen Länder sind gelb („zufriedenstellend“), orange („erkennbare Probleme“), rot („die Lage ist schwierig“) oder schwarz („die Lage ist sehr ernst“). Deutschland ist auf dem 13. Platz und hat somit seine Farbe von weiß zu gelb gewechselt. Ein wesentlicher Grund für den Abstieg im Ranking: Mindestens 65 gewalttätige Angriffe gegen Medienschaffende, vor allem bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen.

Das Ranking zeigt aber auch, dass fast alle Länder Verlierer sind. Die Pressefreiheit gehört zu den demokratischen Grundwerten der EU. In manchen Mitgliedsländern aber ist sie zunehmend gefährdet, im vergangenen Jahr hat dabei auch die Co-

rona-Pandemie eine große Rolle gespielt, die von vielen Regierungen missbraucht wurde, um freie Berichterstattung einzuschränken.

In vielen EU-Staaten ist die Pressefreiheit aber bereits seit einigen Jahren in Gefahr, vor allem in Ungarn und Polen. In Ungarn befindet sich die Pressefreiheit, seitdem Viktor Orbán 2010 erneut an die Macht kam, im freien Fall. Während sich Ungarn im Jahr 2010 in der Rangliste der Pressefreiheit noch auf Rang 24 befand, belegt das Land im aktuellen Ranking nur noch Platz 89. In Polen regiert seit 2015 die PiS-Partei („Recht und Gerechtigkeit“) – seitdem ist das Land vom 18. auf den 62. Platz abgestiegen. Im Folgenden stellen wir einige Entwicklungen exemplarisch vor.

Ungarn: Orbán-Macht gibt immer mehr Anlass zur Sorge

Schritt für Schritt hat die Medienpolitik unter der Regierungspartei Fidesz ein Medienumfeld geschaffen, in dem regierungsfreundliche Medien unbegrenzten Zugang zu Marktressourcen und Informationen haben, ihre Expansion durch die Entscheidun-

gen der Medienbehörde unterstützt wird und in dem eine strenge Kontrolle über den öffentlichen Diskurs ausgeübt wird.

Vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Ungarn hat sich, seitdem Viktor Orbáns Fidesz-Partei 2010 erneut an die Macht kam, zu einem stark zentralisierten System entwickelt, das viel Raum für politische Einflussnahme lässt. So kam zum Beispiel während des Wahlkampfs 2018 der OSZE-Wahlbeobachter zu dem Schluss, dass „der öffentlich-rechtliche Rundfunk (...) die Anti-Migrations-Rhetorik verstärkte“. Außerdem, so hieß es, „zeigte der öffentlich-rechtliche Sender in seiner redaktionellen Berichterstattung auf M1 eine Voreingenommenheit zugunsten der Regierungskoalition und der Regierung, die 61 Prozent der Nachrichtenberichterstattung erhielt. Über 90 Prozent davon waren im Ton positiv, während die Berichterstattung über die Opposition in 82 Prozent der Nachrichten im Ton negativ war“.

Im Jahr 2020 veröffentlichte das ungarischsprachige Nachrichtenportal von Radio Free Europe eine Tonaufnahme über eine interne Redaktionssitzung, in der der Chefredakteur des ungarischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks seinen Kollegen mitteilte, dass die Öffentlich-Rechtlichen die Opposition nicht unterstützen und dass jeder, dem das nicht gefällt, sofort seine Kündigung einreichen sollte. Die Veröffentlichung der Tonaufnahme hat zu keinerlei Konsequenzen geführt, und der betreffende Redakteur ist einer der einflussreichsten Leiter der staatlichen Medien geblieben.

Vom ungarischen Medienrat ist keine Schützenhilfe zu erwarten. Das Parlament hatte erst im Dezember 2019 erneut nur Fidesz-Kandidaten für weitere neun Jahre in den Rat gewählt, darunter einen früheren Europaparlament-Abgeordneten und einen ehemaligen Kommunikationsdirektor der Fidesz-Partei sowie einen persönlichen Sekretär des Fidesz-Parlamentspräsidenten – das vierte gewählte Mitglied hat keine medienbezogene Erfahrung. Durch eine Verfassungsänderung war der ungarische

„Vom ungarischen Medienrat ist keine Schützenhilfe zu erwarten.“

Medienrat 2011 mit weitreichenden Kompetenzen zur „Kontrolle“ sämtlicher in Ungarn verfügbarer Medien ausgestattet worden – so obliegt es dieser Behörde auch, Medienbeiträge auf „politische Ausgewogenheit“ zu prüfen.

Im Jahr 2020 wurde schließlich auch das Nachrichtenportal Index.hu von Geschäftsleuten übernommen, die der Regierungspartei Fidesz nahestehen. Index.hu war das meistgelesene ungarische Nachrichtenportal und erreichte mit seinem breit gefächerten Angebot nicht nur Oppositions-, sondern auch Pro-Regierungswähler. Sein Eigentümerhintergrund war schon seit Anfang der 2010er Jahre ein Grund zur Sorge, denn die Besitzer kamen aus Fidesz-Wirtschaftskreisen. Die Unabhängigkeit der Redaktion aber wurde bewahrt – was sich mit

dem Beitritt von Miklós Vaszily zum Eigentümerkreis änderte. Vaszily hatte zuvor die staatlichen Medien und den Fidesz-nahen Sender TV2 geleitet und war bereits bei der Fidesz-Übernahme eines anderen großen Nachrichtenportals, Origo.hu, eine Schlüsselfigur.

Im Sommer 2020 machte die Redaktion von Index öffentlich, dass ihre Unabhängigkeit bedroht sei. Der Chefredakteur wurde daraufhin entlassen, woraufhin die gesamte Redaktion aus Protest und Loyalität Index verließ. Nach dem Eigentümerwechsel stellte sich die Redaktion neu auf und das Nachrichtenportal wurde zu einem unkritischen Übermittler von Regierungsbotschaften. Im Herbst 2020 starteten ehemalige Nachrichtenjournalisten von Index ein neues Nachrichtenportal unter dem Namen Telex.hu. Telex will sich hauptsächlich durch Spenden finanzieren und hat sich schnell zu einem der beliebtesten Nachrichtenportale entwickelt.

Ein weiteres wichtiges Instrument der illiberalen Medienpolitik ist der Eingriff in den Werbemarkt. Aufgrund der Finanzkrise von 2008 war der ungarische Werbemarkt erheblich geschrumpft. Öffentliche Werbung – Werbung von staatlichen Stellen und öffentlichen Unternehmen – wurde damit bedeutender. Diese machte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2019 26 % und in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 32 % der gesamten Werbeausgaben aus, so eine Analyse von G7 Newstopal. Nach einer Analyse von Mertek Media Monitor gingen 86 Prozent der staatlichen Werbeausgaben im Jahr 2020 an Fidesz-nahe Medienunternehmen. Die Macht gro-

ßer Werbebudgets liegt auf der Hand: Sie ermöglichen es, die finanzielle Überlebensfähigkeit von Medienprodukten zu sichern, die sonst am Markt nicht bestehen könnten. Darüber hinaus dienen die staatlichen Anzeigen einem zweiten Zweck: Sie vermitteln anderen Werbetreibenden die wichtige Botschaft, welche Akteure auf dem Medienmarkt von der Regierung „bevorzugt“ werden. Die Auswahlkriterien sind weder geregelt noch werden sie irgendwo veröffentlicht.

Auch die Corona-Pandemie hat für die Behinderung der Arbeit von Journalisten durch die Regierung gesorgt. Die Änderung des Strafgesetzbuches im Frühjahr 2020, die angeblich der Bekämpfung von Desinformation dienen sollte, erregte international große Aufmerksamkeit: Wer „Falschnachrichten“ über das Coronavirus und über die Maßnahmen, die zu seiner Eindämmung vorgesehen sind, verbreitet, begeht eine Straftat. Das Gesetz wurde zwar nicht auf Journalisten angewandt, aber dafür genutzt, um gegen regierungskritische Beiträge von Facebook-Nutzern polizeilich vorzugehen und damit Bürger, die ihre Meinung äußern wollen, zu entmutigen. Darüber hinaus schreckte es auch Wissenschaftler und Ärzte, ab, Journalisten überhaupt erst Informationen zu geben. Die einzige Informationsquelle für Medienschaffende war die tägliche Pressekonferenz des „Operationalen Stabes“, für den Journalisten ausschließlich online Fragen einreichen konnten. Ein intransparenter Auswahlprozess der Fragen führte dazu, dass unabhängige Medien abermals diskriminiert wurden.



Die ungarische Medienpolitik seit 2010 zeigt deutlich, wie ohne Zensur im traditionellen Sinne und ohne physische Gewalt gegen Journalisten das Mediensystem und die öffentliche Kommunikation so tiefgreifend umgestaltet werden können, dass die Botschaften der Regierung und der Regierungspartei für die große Mehrheit der Wähler zur dominanten Interpretation der Realität werden.

Polen: Immer mehr Medien in den Fängen der Regierungspartei

Seitdem die rechtskonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit) in Polen an der Macht

ist, haben zahlreiche westliche Medien und Experten die Sorge geäußert, dass sich das Land politisch und in Bezug auf die Pressefreiheit zu einem „zweiten Ungarn“ entwickeln könnte.

Wie berechtigt sind diese Sorgen? Ist die Situation in Polen so schlecht, wie sie in den liberalen Medien Westeuropas dargestellt wird? Oder ist die Sorge übertrieben – und Polen wird nur durch eine andere Brille gesehen als andere EU-Mitgliedsstaaten?

Bis zu einem gewissen Grad scheinen die Antworten auf der Hand zu liegen. Während das mitteleuropäische Land sich im Jahr 2015 noch auf dem 18. Platz (von 180

Ländern) befand, belegt es mittlerweile im aktuellen Ranking nur noch Rang 62.

Die vollständige und beispiellose staatliche Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks TVP, die 2016 durch eine Gesetzänderung durchgesetzt wurde, und die kürzliche Übernahme des Polen-Geschäfts der Verlagsgruppe Passau (Polska Press) mit 20 Regionalzeitungen, 300 Wochentiteln und 500 Internetportalen durch den staatlichen Ölkonzern Orlen sind sichtbare Zeichen dafür, dass die PiS-Partei so viele Medienorganisationen wie möglich überwachen möchte.

Auf der anderen Seite aber gibt es noch immer eine beträchtliche Anzahl relevanter Medien, die (fast) jeden Schritt der Regierungspartei heftig kritisieren, darunter die Tageszeitung Gazeta Wyborcza und der führende private Fernsehsender TVN.

Darüber hinaus sind die Einschaltquoten des öffentlich-rechtlichen Radios und auch teilweise des öffentlich-rechtlichen Fernsehens so niedrig wie nie zuvor – und auch die Zahl der Leser und Nutzer der Zeitungen und Websites, die zuvor im Besitz der Verlagsgruppe Passau waren, sank unmittelbar nach der Übernahme durch den Orlen-Konzern erheblich.

Das „Immunsystem“/Abwehrsystem der polnischen Gesellschaft ist also noch aktiv und sie lässt sich die Dominanz der Politik über die Medien nicht einfach gefallen.

Dennoch fällt es schwer, eine optimistische Prognose für die Pressefreiheit in Polen in den nächsten fünf bis zehn Jahren abzugeben.

Zwar ist das Ende der PiS-Regierungszeit nur eine Frage der Zeit – dabei wird es sich

aber eher um einen längeren als einen kürzeren Zeitraum handeln. Die Regierungspartei wird noch genügend Zeit haben, um langfristige Strategien zur Kontrolle über die Medien zu implementieren, wobei große staatliche Unternehmen wie Orlen sicherlich eine entscheidende Rolle spielen, indem sie zur Schaffung einer neuen, konservativen Medienelite und zur Neuausrichtung des Kapitals beitragen.

Darüber hinaus lässt sich in Polen – wie in anderen Ländern auch – ein Mangel an nachhaltigen Geschäftsmodellen beobachten, der die privaten Medien schwächt und sie angreifbar macht.

Ausländische Investoren könnten dem Beispiel der Verlagsgruppe Passau folgen und ihre polnischen Anteile an staatliche Unternehmen verkaufen, die in der Lage sind, mehr zu zahlen als andere. Das gleiche Schicksal könnte auch bereits angeschlagene polnische Privateigentümer von überregionalen und regionalen Medien ereilen.

Andere private Eigentümer könnten beschließen, die Entwicklung ihres Geschäfts nicht weiter voranzutreiben oder den Umfang ihrer Tätigkeiten einschränken. Der jüngste Konflikt zwischen der Nachrichtenredaktion der Tageszeitung Gazeta Wyborcza und Agora, dem Unternehmen, dem die Zeitung gehört, ist ein sehr gutes Beispiel für diesen Trend. Agora plant, die Online-Aktivitäten der Tageszeitung und seines Infotainment-Portals gazeta.pl zusammenzulegen und wirft der Redaktion der Gazeta Wyborcza vor, „das Internet nicht zu verstehen“ und bei der Monetarisierung von Online-Inhalten ineffizient zu sein. Selbst

mehr als 200.000 Bezahl-Abos scheinen nicht genug zu sein, um die Gazeta Wyborcza profitabel zu machen.

Der traditionelle privatwirtschaftlich organisierte Mediensektor wird den Medienmarkt und die Pressefreiheit in Polen also eher nicht retten können. Das Umfeld der unabhängigen Online-Medien aber bietet vorsichtigen Anlass zum – vorsichtigen – Optimismus. So liefern einige Medienorganisationen, die alternative, meist auf Spenden basierende Geschäftsmodelle umsetzen, vielversprechende Ergebnisse, darunter die investigative Plattform OKO.press und zwei neue Online-Radiosender, die von ehemaligen Journalisten des öffentlich-rechtlichen Radios aufgebaut wurden, die mit dem Machtantritt der PiS-Partei beim öffentlichen Rundfunk entlassen worden waren.

Solche Medienorganisationen, die weder vom Staat noch von Werbung abhängig sind, können potenziell zur Stärkung des

Medienpluralismus beitragen. Andererseits schafft eine 100-prozentige Abhängigkeit von Spenden auch langfristige Unsicherheiten.

Die polnische Medienlandschaft ist extrem polarisiert – was zwar bedeutet, dass es noch Pluralismus auf dem Markt gibt, doch hat dieser seinen Preis. Es besteht kein Zweifel, dass die Medien in Polen (sowie in anderen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten) in einen ideologischen Kampf zwischen konservativen und progressiven Narrativen verwickelt wurden. Die Auswirkungen der sozialen und politischen Spaltung werden in Polen sicherlich noch lange zu spüren sein.

Das European Journalism Observatory (EJO)

Das European Journalism Observatory (EJO) ist ein Netzwerk von 13 unabhängigen, gemeinnützigen Medienforschungsinstituten in 11 Ländern (Albanien, Deutschland, Großbritannien, Lettland, Polen, Portugal, Schweiz, Spanien, Tschechien, Ukraine und Ungarn). Zum einen beobachtet es Trends und Entwicklungen im Journalismus und in der Medienbranche, zum anderen bereitet es Forschungsergebnisse aus der Medienforschung verständlich auf und möchte so dazu beitragen, die Kluft zwischen Forschung und Pra-



xis zu verringern. Indem es seine Texte und Analysen mehrsprachig aufbereitet, überwindet es sprachliche und kulturelle Barrieren. Die deutsche EJO-Webseite (de.ejo-online.eu) ist am Institut für Journalistik der TU Dortmund angesiedelt.

Gegen das Anstandsgefühl

von Michael Schmuck

Wieder stellt sich die Frage: Wie weit darf Satire oder harsche Meinung gehen. Darf sie alles? Nein! Aber sie darf politisch unkorrekt sein; alles andere wäre absurd und gefährlich, meint Medienanwalt Michael Schmuck

Heikles Terrain, dünnes Eis, ja. Aber um politisch Unkorrektes juristisch zu beleuchten, muss der Schritt gewagt sein, das Unkorrekte zu nennen. Auch das ist freie Meinungsäußerung.

Da ist aktuell der bayerische Kabarettist und Satiriker Helmut Schleich für einen Sketch über einen erfundenen schwarzen Diktator tief ins „Fettnäpfchen“ getreten (um es harmlos zu sagen): Er hat sich braun angemalt. Rassistisches Blackfacing! Oder nur schwarzer Humor? (Um hier zu provozieren.) Durfte er das? Shit-storms wirbelten „Nein!“ Rechtlich wäre es eher ein „Ja!“

Satire darf nicht alles. Sie darf nicht zutiefst beleidigen, nicht schmähen, nicht hetzen, nicht persönlich werden. Es muss wie bei allen erlaubten Meinungsäußerungen um Kritik an der Sache gehen, Kritik an Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.¹ Dann darf Satire sich alle Themen vornehmen und sie kräftig hochnehmen: provokativ,

zynisch, sarkastisch, beißend, ironisch, mit Galgenhumor und mit schwarzem Humor. Das sind die Gene der Satire.

So wie jede Meinung und vor allem jede Kunst, muss Satire nicht gefallen. Sie mag eklig sein, verdammt doof und verabscheuungswürdig primitiv. Trotzdem kann sie verfassungsrechtlich völlig in Ordnung gehen. Das ist die Freiheit der Andersdenkenden. Auch die Gegenmeinung, die harscheste Kritik an der Satire ist ja selbstverständlich erlaubt. Das ist Meinungskampf und Meinungsvielfalt. Das ist Demokratie.

Nun gibt es die politische Korrektheit, etwas Ähnliches wie zu Großelterns Zeiten die „guten Sitten“, juristisch definiert als das „Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“. Dagegen haben Satire und zugespitzte Meinung immer schon verstoßen. Wenn die heute billig und gerecht Denkenden mit empörten, böigen Shit-storms gegen politisch unkorrekte Satire oder Meinung vorgehen und sie gern verbieten würden, sollten sie sich fragen: Wo wäre unsere freie Gesellschaft, wenn es Unkorrektes in politischen Debatten nicht ge-

geben hätte? Ganz gleich, in welcher unkorrekten und unerwünschten Richtung.

Der STERN zum Beispiel erschien 1962 mit der jedenfalls damals gotteslästerlichen Frage auf dem Titel „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer“ – was den Vatikan auf den Plan rief: Verboten so was! Auch 1971 provozierte der STERN mit dem Titel: „Wir haben abgetrieben“. 374 Frauen bekannten sich dazu, etwas in Deutschland höchst Unsittliches und Strafbares getan zu haben. Der gesamte Kampf für Meinungsfreiheit oder für Gleichstellung jeglicher Couleur verstieß oft gegen das Anstandsgefühl der jeweils aktuell gerecht Denkenden, war politisch nicht korrekt.

Satire darf sich alle Themen vornehmen und sie kräftig hochnehmen

Zeitsprung in die Gegenwart: Da gab es die höchstumstrittene Böhmermann'sche „Zickenfickerei“, die den Gerichten – weil zu persönlich – letztlich zu weit ging.² NDR-Extra-3 hingegen durfte Alice Weidel als „Nazi-Schlampe“ bezeichnen, da ein direkter satirischer Gegenschlag auf ihren Satz

„Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“.³ Und da gab es die Mohammed-Karikaturen.

Ob nun zum Beispiel Dieter Nuhr, Florian Schroeder, Mathias Richling, Barbabra Ruscher, Lisa Eckhart oder Christine Prayon aus meiner Sicht peinliche, saudumme oder politisch unkorrekte Witze etwa über Klimaschutz, Gendern, LGBT*Q, Social Media oder Corona machen, ist die eine Sache (einfach abschalten!), ob das justiziabel ist, eine oft ganz andere (einfach ertragen oder bekämpfen!).

Satire darf, ja muss oft politisch unkorrekt sein und sich mit Heiklem befassen. Alles andere wäre gefährlich für die Demokratie.

¹ BVerfG, 3. Juni 1987, Az. 1 BvR 313/85 ; 12. November 1997, Az. 1 BvR 2000/96; 8. Februar 2007, Az. 1 BvR 2973/14

² OLG Hamburg, 15. Mai 2018, Az. 7 U 34/17

³ LG Hamburg, Beschluss vom 11. Mai 2017, Az. 324 O 217/17

Publizistische Grundsätze (Pressekodex)

Es gibt ethische Standards für Journalismus, das ist der Pressekodex des Deutschen Presserats. Er legt die Richtlinien für die journalistische Arbeit fest. Die 16 Ziffern sind die Grundlage für die Beurteilung der Beschwerden. Eine Leitlinie an der man sich festhalten kann.

Ziffer 1

WAHRHAFTIGKEIT UND ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE

Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.

Ziffer 2

SORGFALT

Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bear-

beitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen. Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden

Ziffer 3

RICHTIGSTELLUNG

Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen

Ziffer 4

GRENZEN DER RECHERCHE

Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden.



Ziffer 5

BERUFSGEHEIMNIS

Die Presse wahrt das Berufsgeheimnis, macht vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und gibt Informanten ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht preis. Die vereinbarte Vertraulichkeit ist grundsätzlich zu wahren

Ziffer 6

TRENNUNG VON TÄTIGKEITEN

Journalisten und Verleger üben keine Tätigkeiten aus, die die Glaubwürdigkeit der Presse in Frage stellen könnten. RICHTLINIE 6.1 DOPPELFUNKTIONEN Übt ein Journalist

oder Verleger neben seiner publizistischen Tätigkeit eine Funktion, beispielsweise in einer Regierung, einer Behörde oder in einem Wirtschaftsunternehmen aus, müssen alle Beteiligten auf strikte Trennung dieser Funktionen achten. Gleiches gilt im umgekehrten Fall.

Ziffer 7

TRENNUNG VON WERBUNG UND REDAKTION

Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter oder durch persönliche wirtschaftliche Interessen der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen

redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken. Bei Veröffentlichungen, die ein Eigeninteresse des Verlegers betreffen, muss dieses erkennbar.

Ziffer 8

SCHUTZ DER PERSÖNLICHKEIT

Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein. Die Presse gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

Ziffer 9

SCHUTZ DER EHRE

Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen.

Ziffer 10

RELIGION, WELTANSCHAUUNG, SITTE

Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.

Ziffer 11

SENSATIONSBERICHTERSTATTUNG, JUGENDSCHUTZ

Die Presse verzichtet auf eine unangemessene sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz

Ziffer 12

DISKRIMINIERUNGEN

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

Ziffer 13

UNSCHULDSVERMUTUNG

Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.

Ziffer 14

MEDIZIN-BERICHTERSTATTUNG

Bei Berichten über medizinische Themen ist eine unangemessene sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen beim Leser erwecken könnte. Forschungsergebnisse, die sich in einem frühen Stadium befinden,

sollten nicht als abgeschlossen oder nahezu abgeschlossen dargestellt werden.

Ziffer 15

VERGÜNSTIGUNGEN

Die Annahme von Vorteilen jeder Art, die geeignet sein könnten, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion zu beeinträchtigen, ist mit dem Ansehen, der Unabhängigkeit und der Aufgabe der Presse unvereinbar. Wer sich für die Verbreitung oder Unterdrückung von Nachrichten bestechen lässt, handelt unehrenhaft und berufswidrig.

Ziffer 16

RÜGENVERÖFFENTLICHUNG

Es entspricht fairer Berichterstattung, vom Deutschen Presserat öffentlich ausgesprochene Rügen zu veröffentlichen, insbesondere in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien.

ZDFzoom fragt: Wie steht es um die Meinungsfreiheit?

Dieser Frage ist Jochen Breyer, den die meisten vom Sportstudio kennen, in seiner Reportage einer Ausgabe „Am Puls der Zeit“ nachgegangen. Die Erstausstrahlung war im April 2021 im ZDF zu sehen. Wir fanden den Beitrag des bekannten Journalisten so bemerkenswert für unser Thema, dass wir ihn mit in unser Magazin aufgenommen haben.

Immer öfter hören Breyer und sein Team, dass "man ja nicht mehr alles sagen dürfe" – etwa bei Corona-Themen oder in der Flüchtlingsfrage. Hat sich da tatsächlich etwas verändert? Um das herauszufinden, haben sie einen Aufruf gestartet – mit gewaltiger Resonanz.

3000 Kommentare, Hunderte E-Mails – Nachrichten aus einer aufgewühlten Gesellschaft: "Viele verwechseln leider 'eine Meinung haben' mit 'Rassismus'", heißt es da. Oder: "Meinungsfreiheit gibt es nur noch in eine Richtung – alles andere wird in die große Nazi-Schublade gepackt."

Auch für Mareike M. aus Hürth hat sich der Meinungskorridor in letzter Zeit ver-

engt, sie spricht von einer Meinungs- und Gesinnungsdiktatur: "Eine Meinung wird vorgegeben (...) auch von Zeitungen oder Medien. Und dieser Meinung, der müssen alle folgen. Und wenn man dann wagt, eine kleine Kritik zu äußern, dann wird man sofort in Grund und Boden gestampft."

Vertriebsleiter Armin P. hat Sorge, mit seiner Meinung allzu schnell in eine Schublade gesteckt zu werden: Der leidenschaftliche Harley-Fahrer hat bereits seit der Flüchtlingskrise 2015 das Gefühl, nicht mehr alles sagen zu können: "Wenn du dich jetzt mit irgendjemandem über Migranten unterhältst, da bist du doch ratzfatz ein Nazi." Er wünscht sich mehr Sachlichkeit und mehr Respekt vor der Meinung Andersdenkender.

Psychologie-Studentin Mirjam M. (22) dagegen sieht eine Geisterdebatte - an-

gezettelt von denen, die Meinungsfreiheit mit Widerspruchsfreiheit verwechseln. "Ich sehe nicht wirklich, dass wir in Deutschland ein Problem mit Meinungsfreiheit haben. Zur Meinungsfreiheit gehört ja nicht dazu, dass jede Person sagen kann, was sie möchte, und das im leeren Raum steht.

Wenn ich etwas zum Beispiel als sexistisch empfinde, dann sag ich das auch. Und genauso sprechen ja immer mehr Menschen viel lauter auch Rassismus an."

Etwa Basketballprofi Moses P. Im letzten Sommer hat er eine Petition ins Leben gerufen, in der er die Umbenennung der Berliner U-Bahn-Station "Onkel Toms Hütte" fordert: "Der Begriff 'Onkel Tom' ist in der afroamerikanischen und Black Community höchst beleidigend." 13 000 Menschen haben seinen Aufruf inzwischen unterzeichnet. Doch auch Moses sieht, dass viele Menschen Angst vor einer Diskussion haben - aus Angst, man würde sie als Rassist abstempeln: "Menschen werden in die rechte Richtung gedrängt. Die vielleicht gar nicht einmal so rechts sind. Leute, die vielleicht nicht immer politisch korrekt sein wollen, haben auf einmal das Gefühl von Ausgrenzung."

In der inzwischen elften Ausgabe von "Am Puls Deutschlands" wird deutlich: In der Debatte um Meinungsfreiheit geht es

” Zur Meinungsfreiheit gehört ja nicht dazu, dass jede Person sagen kann, was sie möchte, und das im leeren Raum steht.

vor allen Dingen um die Art, wie wir miteinander sprechen. Der Ton ist rauer geworden, Diskussionen oft polarisierend und polemisch. Woran es häufig fehlt? Augenhöhe, Wohlwollen und Respekt.

Zu sehen ist der Beitrag noch in der Mediathek des ZDF.

MEINUNG SFREIHEIT

Literaturliste

- Abdel-Samad, Hamed:** Aus Liebe zu Deutschland. Ein Warnruf, München, 2020
- Adorno, Theodor W.:** Erziehung zur Mündigkeit: Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969, Frankfurt a. M., 1969.
- Bauer, Thomas:** Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt. Ditzlingen, 2018.
- Bogner, Alexander:** Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Stuttgart, 2021.
- Hacke, Axel:** Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen, München 2017.
- Haller, Michael / Hömberg, Walter:** Journalisten als Wegbegleiter der Pressefreiheit und Demokratie, Ditzingen, 2020.
- Köhler, Tanja:** Fake News, Framing, Fact Checking: Nachrichten im digitalen Zeitalter. Ein Handbuch, Bielefeld, 2020.
- Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.):** Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg, 2021.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel:** Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München, 2018.
- Lohre, Matthias:** Das Opfer ist der neue Held. Warum es heute Macht verleiht, sich machtlos zu geben, Bonn, 2021.
- Manow, Philip:** (Ent-) Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Bonn, 2021.
- Neubauer, Dirk:** Rettet die Demokratie, Hamburg, 2021.
- Pörksen, Bernhard / Schulz von Thun, Ferdinand:** Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik, Bonn, 2020.
- Precht, Richard David:** Von der Pflicht. Eine Betrachtung, München 2021.
- Reschke, Anja:** Haltung zeigen!, Hamburg, 2018.
- Richter, Frank:** Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet, Berlin, 2018.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael:** Die demokratische Regression, Berlin, 2021.
- Shafak, Elif:** Hört einander zu!, Zürich/Berlin, 2021.
- Schirach von, Ferdinand:** Jeder Mensch. 2021.
- Thomä, Dieter:** Warum Demokratien Helden brauchen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Heroismus, Bonn, 2020.
- Vorländer, Hans:** Demokratie, Geschichte, Formen, Theorien, Bonn, 2020.

Biografien

■ **Tina Bettels-Schwabbauer** ist leitende Redakteurin der deutschen Website des European Journalism Observatory (EJO) und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der TU Dortmund. Von 2017 bis 2019 war sie im europäischen Projekt „New Skills for the Next Generation of Journalists“ tätig, das am Erich-Brost-Institut für internationalen Journalismus an der TU Dortmund angesiedelt war. Seit 2019 ist sie am Institut für Journalistik auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Sie hat Online-Journalismus studiert und als Journalistin für verschiedene Print- und Online-Medien sowie als Journalistenausbilderin im In- und Ausland gearbeitet.

■ **Cristina Helberg** arbeitet als freie Journalistin, Faktencheckerin und Trainerin für Recherche und Verifikation. Ihre Rechercheschwerpunkte sind Desinformation im Netz, Machtmissbrauch und gesellschaftliche Ungleichheit. Als Trainerin und Speakerin gibt sie ihr Wissen zu Desinformation, Recherche und Verifikation von Online-Inhalten weiter. 2018 wurde sie vom Medium Magazin als Top 30 bis 30-Journalistin ausgezeichnet.

■ **Dr. Michał Kuś**, is an Assistant Professor at the Institute of Political Science (Department of Communication and Journalism), University of Wrocław, Poland. Research interests: media and politics, journalism studies. Project leader of European Journalism Observatory / Polish Edition. E-mail: michal.kus2@uwr.edu.pl

■ **Dirk Neubauer**, 50, parteilos ist ein ehemaliger Digitalunternehmer und Strategieberater. Der Rathauschef der Stadt Augustusburg seit 2013, ist auch Autor zweier Bücher. „Das Problem sind wir!“ (2019, DVA) und „Rettet die Demokratie! – eine überfällige Streitschrift“ (2021, Rowohlt)

■ **Martina Plum**, Diplom-Journalistin, Mediatorin (MM) Business Coach (DBVC) hat lange als Freibe-

ruflerin gearbeitet, bevor sie seit 1999 in der Auslandsgesellschaft verantwortlich ist für den Bereich Kommunikation, Projekte und Veranstaltungen.

■ **Dr. Gábor Polyák** ist Jurist und Medienforscher. Er ist Universitätsdozent (associate professor) im Lehrstuhl für Medien und Kommunikation der Philosophischen Fakultät der Eötvös Loránd Universität und Forscher am Institut für Rechtswissenschaft des Forschungszentrums für Sozialwissenschaften. Er ist Leiter vom Mertek Media Monitor, einer ungarischen Watchdog-Organisation, die sich mit medienpolitischer Forschung beschäftigt. Zuvor war er Leiter des Lehrstuhls für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Philosophischen Fakultät der Universität Pécs. Von 2014 bis 2016 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Davor war er Dozent an der Juristischen Fakultät der Universität Pécs. Im Jahr 2020 wurde er mit dem Voltaire-Preis für Toleranz, Völkerverständigung und Respekt vor Unterschieden an der Universität Potsdam ausgezeichnet. Sein neueste Bücher: Medienpolitik in Osteuropa. Theoretischer Rahmen und mediale Praxis (B & S Siebenhaar Verlag, Berlin, 2018); Algoritmusok, keresők, közösségi oldalak és a jog - A forgalomirányító szolgáltatások szabályozása [Algorithmen, Suchmaschinen, soziale Medien und das Recht - Regulierung der Verkehrsmanagementdienste] (Budapest: HVG-Orac, 2020).

■ **David Rückle** ist 22 Jahre alt. Vor zwei Jahren ist er aus Stuttgart zum Studium nach Dortmund gezogen. Er interessiert sich für viele Gesellschaftsthemen, speziell wenn es um Politik, Umwelt oder Wirtschaft geht.

■ **Sigrun Rottmann** ist freie Journalistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der TU Dortmund. Dort leitet sie u.a. das fünftägige Blockseminar Konfliktsensitiver Journalismus. Von 2004 bis 2011 war sie Redakteurin

beim BBC World Service Radio in London, vorher Korrespondentin der Frankfurter Rundschau für Mexiko, Mittelamerika und die Karibik. Bei der FR hatte sie nach dem Studium (Politikwissenschaft und Internationaler Journalismus) auch volontiert. Im Auftrag von Deutsche Welle Akademie und GIZ hat sie Trainings für Journalist:innen u.a. in Ägypten, Kenia und Südsudan durchgeführt. Sie ist zertifizierte Systemische Beraterin sowie Friedens- und Konfliktberaterin.

■ **Olaf Sundermeyer** (*1973) ist in Dortmund aufgewachsen und hat hier Journalistik studiert. Nach einem Redaktionsvolontariat bei der Hessisch/Niedersächsischen-Allgemeinen arbeitete er u.a. in Frankfurt (Oder) und Warschau als Reporter und freier Korrespondent, bevor er als ARD-Investigativjournalist zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) nach Berlin kam. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politischer Extremismus und Organisierte Kriminalität. www.olaf-sundermeyer.com, twitter @o_sundermeyer

■ **Michael Schmuck** ist Journalist, Rechtsanwalt, Dozent und Buchautor. Als Anwalt ist er spezialisiert auf Presse- und Medienrecht, als Journalist auf Rechts- und Justizthemen. Er war unter anderem Gerichts- und Polizeireporter bei der Berliner Zeitung, Redakteur des Berliner Anwaltsblattes und

Pressesprecher der Berliner Anwaltskammer. Seine Journalistenausbildung absolvierte er an der Henri-Nannen-Schule in Hamburg. Vor Jurastudium und Journalistenausbildung durchlief er eine dreijährige Polizeiausbildung. Michael Schmuck bietet viele Grundlagenseminare an, unter anderem professionelles Texten, Nutzwertjournalismus, Schlagfertigkeit, Presse- und Medienrecht sowie Gerichtsreportage. Diese Seminare hat er viele Jahre an der Berliner Journalistenschule und der Henri-Nannen-Schule Berlin gehalten. Er ist unter anderem Autor der Bücher „Presserecht – kurz und bündig“ (Deutscher Fachverlag dfv), „Deutsch für Juristen – vom Schwulst zur klaren Formulierung“ (Verlag Dr. Otto Schmidt)

■ **Leon Vucemilovic** studiert Wirtschaft und Journalistik an der TU Dortmund. Vor Beginn seines Masterstudiums hat er an der Ruhr-Universität Bochum ein rein wirtschaftswissenschaftliches Bachelorstudium absolviert. Bereits in seinem ersten Studium war die Analyse politischer Zusammenhänge ein Schwerpunkt.

■ **Anastasia Zejneli** studiert seit 2019 Wirtschaftspolitischen Journalismus an der TU Dortmund und schreibt als freie Autorin über politische und gesellschaftliche Themen. Außerdem ist sie Mitbegründerin des Kulturmagazins STROBO.

Fragen & Antworten

1. Was bedeutet Ihnen die Demokratie?

Tina Bettels-Schwabbauer

„Für mich ist Demokratie ganz eng mit Pressefreiheit verknüpft. Freie, unabhängige und pluralistische Medien sind Voraussetzung für jede funktionierende Demokratie.“

Cristina Helberg

„In meiner Arbeit als Journalistin frei zu sein und ohne Angst Recherchen veröffentlichen zu können.“

Martina Plum

„Sie ist die Grundlage unseres Zusammenlebens auf lokaler und globaler Ebene. Sie ist ganz und gar nicht selbstverständlich und muss immer wieder neu erarbeitet werden. Für mich persönlich: Ich habe das Glück in einer Demokratie leben zu können und als Journalistin ist sie für mich natürlich die Basis meines Tuns.“

David Rückle

„Die verschiedenen Weltanschauungen, Meinungen und Überzeugungen von möglichst vielen Menschen so gut es geht zusammenzubringen.“

Sigrun Rottmann

„Die Möglichkeit, das Zusammenleben mitzugestalten und die Chance, gemeinsam

mit anderen auf eine gerechte Gesellschaft hinzuarbeiten.“

Michael Schmuck

„Zuhören, fragen, Verständnis haben, sachlich bleiben. Offen sein für andere Meinungen. Auf Menschen zugehen. Konstruktiv streiten. Kompromissbereit sein. Mehrheitsentscheidungen akzeptieren.“

Olaf Sundermeyer

„Die Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben in Sicherheit, in dem die Grundrechte für jeden Einzelnen garantiert sind.“

Leon Vucemilovic

„Demokratie bedeutet Freiheit. Kein Staatsoberhaupt kann über die Bevölkerung hinweg bestimmen, sondern die Mehrheit entscheidet. Ein unglaubliches Privileg, für das Menschen in anderen Ländern bereit sind, ihr Leben zu riskieren. Wir sollten nicht leichtfertig damit umgehen.“

Anastasia Zejneli

„Freiheit, Sicherheit, der Schutz der Menschenwürde“

2. Was sollten wir tun, um unsere Demokratie zu (be-) wahren?

Tina Bettels-Schwabbauer

„Weltweit und auch in vielen Ländern Europas ist die Demokratie in Gefahr. Auch in Deutschland breiten sich Misstrauen gegenüber Politik und Medien sowie demokratiefeindliche Tendenzen aus. Vor allem der Rechtspopulismus ist eine Herausforderung für die Demokratie. Hier muss frühzeitig gegengesteuert werden, auch durch die Förderung der Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern.“

Cristina Helberg

„Betroffene vor Hass und Drohungen im Netz und im Realen schützen, um damit langfristig zivilgesellschaftliches Engagement zu bewahren. Denn davon lebt unsere Demokratie.“

Martina Plum

„Miteinander wieder mehr Klartext reden, damit offener wird, dass die Vielfalt der Meinungen nicht nur Schwarz und Weiß, sondern auch viele Grau- und v.a. Bunttöne hervorbringt. Wir sollten die Demokratie nicht mehr nur den Politikern überlassen, sondern uns selbst mehr einbringen. Denn die Politik hat sich ganz weit entfernt von denen, von denen sie gewählt wurden. Ganz weit. Mir gefällt die Idee der Bürgerräte sehr gut.“

David Rückle

„Verschiedene Meinungen akzeptieren, aber nur sofern sie niemanden persönlich angreifen. Bei Rassismus, Diskriminierung

oder sonstigen Anfeindungen muss man eine Grenze ziehen.“

Sigrun Rottmann

„Auch mit denen reden, die uns nerven. Im Blick behalten, dass Konflikte „normal“ sind - wichtig ist, dass sie friedlich und konstruktiv ausgetragen werden.“

Michael Schmuck

„Andersdenken zuhören, ihre Ansichten, Beweggründe und Ziele verstehen wollen. Ängste abbauen. Streitpunkte klar, sachlich, ausführlich, differenziert debattieren. Und das alles vor allem im Parlament. Politiker/innen müssen ein „Ohr fürs Volk“ haben, die Nase in den Wind strecken. Sie müssen Ihr Mandant und den Willen der Wähler und Wählerinnen ernst nehmen und ihn vernünftig umsetzen. Die Bedeutung des Parlaments muss klar herausgestellt werden.“

Olaf Sundermeyer

„Sie aktiv mit demokratischen Mitteln verteidigen. Weil die Demokratie akut bedroht ist, kann sie nur bestehen, wenn wir uns täglich für sie einsetzen. Demokratie ist Arbeit, weil Dialog, Kompromiss, und sachlicher Streit anstrengend sind.“

Leon Vucemilovic

„Der wichtigste Punkt ist Aufklärung. Jeder Mensch, der in Deutschland lebt, sollte wissen, dass die Demokratie nur so lange besteht, wie die Bevölkerung sie unter-

stützt. Besonders die Schulen müssen darauf achten, dass auch der Letzte versteht, wie glücklich er mit dieser Staatsform sein kann.“

Anastasia Zejneli

„Unsere Privilegien reflektieren“

3. Ihre Heldinnen + Helden der Demokratie?

Tina Bettels-Schwabbauer

„Journalistinnen und Journalisten, die sich auch von Bedrohungen nicht einschüchtern lassen und mit ihrer Berichterstattung weiterhin die Demokratie stärken.“

Cristina Helberg

„Alle, die sich für Demokratie engagieren und Hass und Rassismus trotzen – oft mit großen persönlichen Einschränkungen für sich und ihre Familien.“

Martina Plum

„Willy Brandt, die Mütter und Väter des Grundgesetzes, Regine Hildebrandt und Bärbel Bohley. Und natürlich alle, die weltweit hohe Risiken eingehen, um sich für ihre Demokratie zu engagieren.“

David Rückle

„Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und täglich für ein funktionierendes Miteinander arbeiten.“

Sigrun Rottmann

„Belarussische Bürger:innen, die sich für Demokratie in ihrem Land einsetzen – obwohl viele dafür einen sehr, sehr hohen Preis zahlen.“

Olaf Sundermeyer

„Jeder, der bereit ist, diese Arbeit auf sich zu nehmen.“

Michael Schmuck

„Mahatma Gandhi, Nelson Mandela, Willy Brandt, Rita Süßmuth“

Leon Vucemilovic

„Alle Menschen, die sich politisch engagieren. Demokratiefeinde versuchen nicht nur Spitzenpolitiker einzuschüchtern. Auch auf kommunaler Ebene schlägt den Menschen Hass und immer häufiger auch Gewalt entgegen. Einfache Stadtratsmitglieder haben aber keinen Personenschutz. Trotzdem treten sie offen für ihre Ideen ein, bekennen Farbe und machen so die Demokratie erst möglich.“

Anastasia Zejneli

„Theresa Rohner“

4. Was können Sie tun, um einen konstruktiven Dialog hinzubekommen?

Tina Bettels-Schwabbauer

„Für einen konstruktiven Dialog sind verlässliche Informationen unabdingbar. Als Journalismus-Dozentin bilde ich angehende Journalistinnen und Journalisten aus, die mit ihrer Berichterstattung für einen konstruktiven Dialog in der Gesellschaft sorgen werden. Am Herzen liegt mir auch das Thema Medienkompetenz in der Schule. Es müssen nicht nur verlässliche Informationen sichergestellt, sondern auch die Fähigkeit junger Menschen gestärkt werden, Informationen kritisch zu bewerten. Als Vertreterin des Instituts für Journalistik der TU Dortmund beteilige ich mich an der Initiative „Journalismus macht Schule“ und habe beispielsweise anlässlich des Internationalen Tags der Pressefreiheit im Mai mit Schülerinnen und Schülern über die Bedeutung freier Berichterstattung und die Gefahr durch Fake News diskutiert.“

Cristina Helberg

„Ich habe gelernt, dass Fragen oft hilft. Wie ist das gemeint? Was möchtest Du damit sagen? Nicht jede Aussage ist so gemeint, wie sie ankommt.“

Martina Plum

„Meinem Job als Journalistin aufmerksam nachgehen, Menschen zuhören, den Dingen auf den Grund gehen, das Interesse nicht verlieren. Ich kann lernen andere Argumente zu verstehen. Mir dabei immer die Frage nach dem WARUM stellen. Wenn wir zuhören, ich meine wirklich zuhören, dann

stellen wir fest, dass wir in der Regel mehr Gemeinsamkeiten haben. Davon können dann (fast) alle profitieren.“

David Rückle

„Offen sein für andere Meinungen und meine eigenen Überzeugungen immer wieder hinterfragen, wenn ich etwas Neues dazulerne.“

Sigrun Rottmann

„Ruhe bewahren, neugierig sein und daran denken, dass ich vielleicht auch von denen dazu lernen kann, deren Meinung ich nicht teile.“

Michael Schmuck

„Zuhören. Interesse haben. Argumente aufgreifen. Eigenen Standpunkt verständlich machen. Gemeinsamkeiten suchen. Win-Win finden.“

Olaf Sundermeyer

„Voraussetzung dafür ist der Respekt vor jedem Menschen, auch vor denen, deren Meinung ich nicht teile, auch für Feinde oder Zweifler der Demokratie, die von Menschenfeindlichkeit erfüllt sind. Menschenwürde ist universell, es gibt keine Ausnahmen! Deshalb lasse ich mich grundsätzlich erstmal auf jeden Menschen ein, wenn es die Situation erlaubt, und versuche, andere Positionen zu verstehen.“

Leon Vucemilovic

„Dem Gegenüber eine Chance geben und nicht pauschalisieren. Nicht jeder, der die EU kritisiert ist Anti-Europäer. Nicht jeder, der ein Tempolimit auf Autobahnen fordert, möchte Autos verbieten. Wenn jemand ein Argument vorträgt, sollte man die Ohren nicht auf Durchzug stellen. Im Nachhinein

kann man immer noch entscheiden, dass man anderer Meinung ist.“

Anastasia Zejneli

„Respektvoll bleiben und faktenbasiert argumentieren“

5. Was muss / was kann Meinungsfreiheit aushalten?

Tina Bettels-Schwabbauer

„Meinungsfreiheit muss unterschiedliche Meinungen und Widersprüche innerhalb der Gesellschaft aushalten. Es gibt aber auch Grenzen. Rassismus zum Beispiel fällt nicht unter Meinungsfreiheit.“

David Rückle

„Dass sich Meinungen bei vielen Dingen grundlegend voneinander unterscheiden können und trotzdem alle demokratisch sein können (solange sie niemanden persönlich angreifen).“

Cristina Helberg

„Unsere Gesetze definieren diese Grenze in den meisten Fällen klar. Wir brauchen vor allem eine konsequentere Strafverfolgung im Netz.“

Sigrun Rottmann

„Sie muss ziemlich viel aushalten, auch wenn das oft schwer auszuhalten ist. Keinesfalls aushalten darf sie menschenverachtende und diskriminierende Äußerungen sowie Versuche, anderen die Zugehörigkeit zur Gesellschaft abzusprechen.“

Martina Plum

„So ziemlich viel. Es erleichtert ungemein, wenn ich feststelle, dass meine Meinung nicht die einzig Wahre ist und ich die des anderen einfach so stehen lassen kann. Meine Welt bricht davon nicht auseinander. Nicht aushalten muss ich z.B. rassistische Äußerungen. Aber das sind auch keine Meinungen. Für uns Journalisten und Journalistinnen ist sie die wichtigste Voraussetzung.“

Michael Schmuck

„Sehr viel! Gerade diametral entgegengesetzte Meinungen müssen ertragen werden. Das Gummi-band der freien Meinung darf bis aufs Äußerste gespannt werden. Andere Meinungen müssen nicht gefallen, aber das Prinzip der freien Meinung muss verteidigt werden: „Ich hasse deine Meinung, aber ich kämpfe dafür, dass du sie äußern darfst.“

Olaf Sundermeyer

„Demokratie lebt von der Toleranz für Unterschiede von Lebensweisen und für Positionen, die anders sind als die eigenen. Meinungsfreiheit muss daher vieles aushalten: Streit, Glaubensfragen, unterschiedliche politische Einstellungen, Vorlieben, Identitäten, persönliche Betroffenheit, Gefühle. Ihre Grenze aber ist die Menschenwürde. Meinungsfreiheit endet dort, wo die Abwertung von Menschen beginnt.“

Leon Vucemilovic

„Die Meinungsfreiheit sollte viel aushalten. Und das tut sie auch. Wenn jemand sagt, er könne in Deutschland nicht mehr alles sagen und die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, beweist er in dem Moment das genaue Gegenteil. In solchen Fällen kann ein Blick in autoritär regierte Staaten ohne Meinungsfreiheit helfen. Wer andere Menschen beleidigt oder zur Gewalt aufruft, verlässt aber den Boden der Meinungsfreiheit und betritt das Gebiet der Straftat.“

Anastasia Zejneli

„Diskriminierungsfreie Ansichten, die auf Fakten beruhen“

